

Durchführung des neuen Plans gehen. Deshalb also diese Pflöcklichkeit eines so weittragenden, so gewaltigen Entschlusses?

Das ist aber nicht die einzige Frage, die sich jedem ersten Manne aufdrängen muß. Es tauchen eine Menge anderer, schwererer, ernsterer auf. Wird uns die Flottenverfälschung wirklich helfen? Werden nicht die andern Mächte auch ihrerseits in gleicher Weise vorgehen, so daß unsere Stellung verhältnismäßig nicht gebessert wird? Werden wir auf die Dauer eine so starke Flotte neben dem starken Landheer erhalten können? Wird die Vermaunung der Schiffe nicht die Schlagfertigkeit unfres Landheeres beeinträchtigen, das uns im eigenen Sinne des Wortes „bitter rot“ thut? Wird das deutsche Volk das tragen können, was ihm durch den Flottenplan zugemutet werden soll?

Im weiteren Verlauf der Flottenagitation stellte dann das Hauptblatt der Agrarier mit wachsender Schärfe fest, daß die Stimmung im Lande immer feindlicher sich gegen die Flottenpolitik lehre.

Wenige Monate darauf halfen die Agrarier aus lauterstem Nationalismus dieselbe Vorlage durchdrücken. So hat die neue Wasser-Mera herrlich begonnen unter dem Zeichen heuchlerischer Gefinnungslosigkeit, byzantinischer Liebedienerei und reaktionärer Steuerhülfsen.

Die Warenhaussteuer im Herrenhause.

Das Herrenhaus begann am Dienstag die Beratung des Gesetzes betr. die Besteuerung der Warenhäuser. Das Abgeordnetenhaus hatte die Regierungsvorlage in einem entscheidenden Punkte umgestaltet, indem es die Grenze, von der ab die Steuer in Kraft treten soll, auf einen Jahresumsatz von bereits 300 000 M. festgesetzt hat, während die Regierung die Steuer erst bei einem Umsatz von 500 000 M. beginnen lassen will. Minister Dr. v. Miquel erklärte den Beschluß des Abgeordnetenhauses für unannehmbar, indem er sich wahrscheinlich damit tröstete, daß das Herrenhaus die Sache schon in Ordnung bringen werde. Thatsächlich hat denn auch die Kommission des Herrenhauses, die den Gesetzentwurf vorbereitet, einen Mittelweg gewählt, sie beantragt, die Besteuerung bei einem Umsatz von 400 000 M. eintreten zu lassen. Zwar bezeichnet der Minister auch diesen Vorschlag als bedenklich, er ließ aber durchblicken, daß die Regierung möglicherweise darauf eingehen würde.

Seit schwerwiegendere Bedenken machte Herr v. Miquel gegen einen andern Beschluß der Herrenhaus-Kommission geltend, wonach Warenhäuser für Offiziere und Beamte sowie ähnliche Institute auf Verfügung der Ressortminister von der Steuer frei bleiben können. Mit Recht warnte er das Haus davor, eine derartige Vergünstigung einer bestimmten Klasse zu beschließen.

Zu der Generaldiskussion traten Graf Hutten-Czapzki, Geh. Kommerzienrat Freydel, Stadtdirektor Traun-Hamovner und Oberbürgermeister Bender-Vreslau gegen die Vorlage auf, während Freiherr v. Durant und Graf Fieten-Schwerin, sowie Minister Dr. v. Miquel sie verteidigten. Viel Neues wurde nicht mehr vorgebracht, es waren die alten, aus den Reden im Abgeordnetenhaus bekannten Gründe dafür und dagegen. Charakteristisch für die Auffassungswelt mancher Herrenhäuser ist es, daß sie die Vorlage als eine sozialistische bezeichnet, weil dadurch der Staat, genau so wie es die Sozialdemokratie thut, das Ansehen der großen Vermögenden hindern wolle. Es lohnt nicht, auf diese Weisheit näher einzugehen.

Am Schluß der Generaldebatte spielte sich ein für das Herrenhaus unerhörter Vorfall ab; die Gegner der Vorlage versuchten, Obstruktion im Kleinen zu treiben, indem sie die Beratung durch alle Mittel der Geschäftsordnung aufzushalten suchten. Allerdings sind diese Mittel nur gering, es ist ihnen nur möglich, die Zurückverweisung an die Kommission behufs schriftlicher Berichterstattung zu beantragen. Das hätten sie denn auch unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Wiese (Altona), aber ohne Erfolg. Die Mehrheit lehnte zweimal einen Antrag auf Zurückverweisung ab. Die Mittelstandsretter haben es sehr eilig.

Nachdem noch eine Sitzung über § 1 debattiert war, wurde die weitere Specialberatung auf Mittwoch vertagt.

Das Abgeordnetenhaus

befraß am Dienstag die Interpellation über die Schiffsverbindung zwischen Radesheim und Wingen. Interessant war es, daß selbst ein konservativer Herr, der Abg. v. Rippenhausen, der Ansicht Ausdruck gab, daß wahrscheinlich infolge der Miquelschen Sparmaßnahme die allgemeine Sicherheit in letzter Zeit viel zu wünschen übrig läßt.

Sodann erledigte das Haus den Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. und bereit Petitionen, darunter die unseres Genossen Adolf Hoffmann um Entschädigung für die ihm durch widersprechende Urteile des Kammergerichts verursachten Schäden und Abänderung der betreffenden Bestimmungen. Entgegen dem auf Uebertragung zur Tagesordnung lautenden Kommissionsantrag wurde die Petition — wenigstens in ihrem zweiten Teil — der Regierung auf Antrag des Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) als Material überwiesen.

Am Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Das Ende eines Parlaments.

— Wien, 10. Juni 1900.

In einem grauenhaften Standa ist das österreichische Parlament zu Grunde gegangen; ruhmlos wie sein Leben war das Ende. Die Session des Reichsrats ist in der Freitagnacht ganz unerwartet geschlossen worden, und mehr als unwahrscheinlich ist es, daß dieses Parlament noch einmal zusammenkommen wird. Daß der Sessionsbeschluß, der unvermeidlich war, so früh gekommen ist, danti die Welt einer Verletzung der Geschäftsordnung, mit der das am Freitag gebildete antiostraktionistische Kartell seine Aktion gegen die Obstruktion bequemer hatte. Die härteste Waffe der Obstruktion ist der sogenannte Einlauf; mit ihm kann man nämlich den Zugang zur Tagesordnung förmlich blockieren. Da auf Verlangen alle Interpellationen wörllich verlesen werden müssen; und, wenn es fünfzig Abgeordnete fordert, über Petitionen namentlich abgestimmt werden muß — nämlich über die Frage, ob nur ihr weientlicher Inhalt oder ob ihr Wortlaut mitgeteilt werden soll — so braucht die Obstruktion nur für einen recht großen Einlauf vorzusorgen, und die Tagesordnung ist gesperrt. Nun stellte man sich am Freitag die Betämpfung der Obstruktion derat vor, daß eine ununterbrochene Sitzung eingeleitet werden wird, die so lange dauern solle, bis die Obstruktionisten, die nur ein kleines Häuflein sind, die Knapp zur Durchsetzung einer namentlichen Abstimmung erforderliche Zahl erreichen, mattgesetzt sein werden. Da das österreichische Abgeordnetenhaus schon beschlußfähig ist, wenn nur hundert Abgeordnete anwesend sind, so hätte die Anti-Obstruktion-Armee, die über dreihundert Abgeordnete verfügt, eine derartige unendliche Sitzung wohl aushalten können, wogegen das Häuflein Obstruktionisten vielleicht — allerdings nur für einen Augenblick — hätte erlahmen können. — So wenig der Versuch, die Obstruktion anzuhungern, an der Lage etwas hätte dauernd bessern können; da man sich dazu nicht aufschwingen konnte, mit der Obstruktion zu verhandeln, war es thatsächlich das einzige, was nach der Lage der Dinge noch gehen werden konnte. Aber es scheint ein wahres Verhängnis zu sein, daß jeder Kampf gegen die Obstruktion sofort in Gewaltthätigkeiten ausartet. Anstatt jene regelrechte Belagerung zu beginnen, versuchten es die „Arbeitswilligen“ mit einem Handstreich. Der Präsident schnitt nämlich plötzlich die Verlesung des Einlaufes ab, erklärte, zum Schluß der Sitzung schreiben zu wollen, worauf ein verabredeter Antrag eingebracht wurde, die Sitzung weiter dauern zu lassen, nicht aber mit der Verlesung des Einlaufes fortzufahren, sondern sofort in die Tagesordnung einzugehen. Trotzdem die Junggehehen

gegen das ersichtlich geschäftsordnungswidrige Vorgehen energisch protestierten, machte der Präsident dessen Hilflosigkeit ebenso bedrücktigt ist wie seine Unredlichkeit, demnach Wien, die Abstimmung über den Antrag einzuleiten. Die Junggehehen griffen nun zur Gewalt. Sechs volle Stunden war dann das Haus ein Schauplatz der wüthenden und elchastesten Szenen. Ganze Sitzreihen wurden demoliert, um Besitze zum Särmnachen zu gewinnen, mit Trampeln, Kochgeschirren, Blechtassen und ähnlichen „parlamentarischen“ Werkzeugen wurde ein Höllelärm gemacht, studentischelieder wurden gesungen und zur Unbeschämung gab es eine regelrechte Keilerei. Der Ministerrat, der sofort zusammengetreten war, beschloß, was unter diesen Umständen das einzig Mögliche war: die unmittelbare Schließung des Parlaments, das in diesem Augenblick eher einem Circus als einer Volksvertretung ähnlich sah. Der Ministerpräsident fuhr nach Schönbrunn, der Kaiser, der schon zu Bett war, wurde gewekt, und kurz nach Mitternacht wurde die „Session“ geschlossen. Es ist die fünfte dieses entsehlenden Parlaments, das nun 3/4 Jahre tagt und außer einer Reihe nie dagewesener und nirgendwo erreichter Standschancen der Welt nichts gegeben hat.

Nichts wäre sinnloser, als sich angeichts dieser Wirrsale mit der Selbstanklage beruhigen zu wollen, dies alles sei nur die Folge einer fehlerhaften Politik, das Ergebnis taktischer Misgriffe. Nein, es ist wahr, das österreichische Parlament ist unmöglich, weil in dieser Form auch Oestreich unmöglich ist; das gerüstete, zur Verne aller unfruchtbarsten Leidenschaften gewordenen Parlament ist das getreue Spiegelbild dieses zerstückten Staates, den niemand will, der von allen Völkern als Kessel ihrer nationalen Entwicklung empfunden wird. Weil alle Nationen diesen nationlosen Staat verneinen, so ist auch allen Parteien das kleinste nationale Recht unendlich wichtiger als das Parlament, und kein Volk ist mehr fähig, auch nur ein Titelchen seiner nationalen Stelleiten dem Interesse der Gesamtheit, dem des Staates zu opfern. Die Junggehehen haben sich nicht getraut, das Parlament in die Luft zu sprengen, den Staat in eine färsierliche Kollage zu bringen, die werkschätigen Klassen ihres eignen Volks ebenso zu schädigen wie die aller andern Völker — und warum? Weil sie für die Aufhebung der Sprachen-Verordnungen, „Satisfaktion“ wollen! Und die Deutschen konnten der Krise begegnen, die junggehehliche Obstruktion konnte gehaut werden durch ein kleines, rein ideologisches Opfer: durch den Verzicht auf einen formalen, sachlich bedeutungslosen Ertrag — und sie haben es nicht gethan, ja, wenn man die Parteien so nimmt, wie sie eben sind; sie konnten es gar nicht thun! Oestreich, das ist die Wahrheit, ist ein Widerspruch.

Gleich dem Individuum hat jedes Volk des Bedürfnis, sich anzusehen, und das kann es auch in einer nationalen Einheit, in finanzieller Selbstständigkeit. In der Existenz dieses Völkergemeinschaft findet aber das Expansionsbedürfnis der Nationalitäten eine Schranke, und was wir als die ewige nationale Krise sehen, das ist nur das Mitleiden und Jertzen an diesen Schranken. So lange die Völkerschaften unentwickelt waren, so lange man sie negierte, konnte Oestreich den Eindring erwidern, es sei eine „Notwendigkeit“. Mit dem Wachstum der slavischen Völker, mit ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung, und insbesondere mit der Aufriehmung des Deutschen Reichs ist diese legendäre Notwendigkeit geschwunden: Oestreich ist heute eine Leberzistelle. Und die Dinge tragen ihr humanes Geles der Entwicklung in sich: Wenn sich Oestreich nicht umformt, das Problem nicht gelöst wird, daß die Grundlage des Staates die Freiheit der Völker ist, daß die Großmacht wegen der Völker besteht, nicht die Völker wegen des Ruhms der Habsburger; wenn der Anstehspruch weiter fortwährend wird, so wird Oestreich eine Schädlichkeit werden. Es steht heute mehr auf dem Spiele, als jemals die österreichischen Staatslenker zu denken getrauen.

Man meint allgemein, daß nun endlich etwas „Entscheidendes“ geschehen werde, aber niemand vermag anzugeben, was das sein könnte. Herr v. Rörder — oder sein Nachfolger, das ist gleichgültig, denn seine Regsbung könnte mehr den Dingen einen andern Lauf geben — kann zweierlei thun: entweder das Haus auflösen oder den Versuch mit dem alten Parlament in irgend einer Weise wiederholen. Daß die Auflösung die Lage nicht bessern, nur empfindlich verschlechtern würde, liegt auf der Hand, denn auf ein andres Programm als das der nationalen Unversöhnlichkeit kann bei diesem Wahlrecht der Wahllampf überhaupt nicht geführt werden. Der alte Kaiser ist übrigens jedem rickanten Schritt abhold, ist durchaus gegen jede einschneidende Maßregel, so daß die Auflösung, obwohl trotz aller Bedenken der Appell an die Wähler recht nahe liegt, wohl nicht erfolgen wird. Vorläufig wird natürlich der § 14 angehoben, obwohl das derzeit palliative Bedürfnis: die Aufnahme einer Investitionsanleihe, damit nicht bestrickt werden kann. Gegen die Obstruktion verfügt der Staat heute über ein einziges Mittel, wenig sind alle Reserven erschöpft: die Circonierung der Sprachennwärter. Sie haben zwar von beiden beteiligten Seiten lebhafte Anfechtungen erfahren, aber daß sie den Deutschen nicht genug deucht, den Czechen nicht genug gerecht vorgekommen sind, ist nicht weiter verwunderlich. Da es ganz ausgeschlossen ist, daß sich die von der nationalen Wut besessenen Parteien jemals auf eine einverständliche Regelung der Sprachenfrage einigen könnten, so wird schließlich nichts übrig bleiben, als ihnen die Regelung aufzubringen und dann abzuwarten, ob beide Teile das Geschehene als unabänderliche Thatsache hinnehmen werden. Es ist das ein Mittel der Verzweiflung, aber Oestreich hat eben kein andres mehr. Ist endlich auch dieser Weis auf dem Acker, und hat er sein Ziel erreicht, dann ist der Staat natürlich fertig. Die Sache steht also für Oestreich so, daß die formelle Ventrückklärung entweder jetzt erfolgt, oder aber im Herbst. Aus dem Rezipit der Großmacht, ja dem der Staaten, ist aber das Habsburgerreich jedenfalls zu löshen.

Deutsches Reich.

Democh! Anlässlich des 700jährigen Jubiläums des Mansfelder Bergbaus hielt der Kaiser auf dem Markt zu Eisleben folgende Rede:

„Dieser von der Erinnerung gezeichnete Polal bin ich im Begriff auf das Wohl dieser Mansfelder Gewerkschaft zu leeren. Die Jahre der geschichtlichen Erinnerungen und die vielen Jahrzehnderte treuer Arbeit haben sich an die Stätte geknüpft, an welcher wir hier versammelt sind, die eines jeden Menschen Herz ergreift und überwältigt, und ich wüßte keine bessere Devise, um die Arbeit der snappen, das Ausdauern in schweren prüfungsvollen Zeiten, den Mut nicht verlieren bei Ueberwindung von Schwierigkeiten und zugleich leuchtend hervorzufragen durch die Eigenschaft der Treue, im ganzen zusammenzufassen, als die der Großen von Mansfeld „Democh“. So möge sie auch fernerhin die Entschlüsse und die Einmündigkeit der snappen der Mansfelder Gewerkschaft beherrschen. Das ist auch die Sorge, die ich zu meiner Pflicht genommen habe: Je höher die Schwierigkeiten, desto fester das Ziel ins Auge gefaßt. Derjenige, der mit das grohartige Beispiel gegeben hat, das ist der Reformator, vor dem wir hier stehen, und auch der, dessen Polal ich hier in Händen halte. So können auch wir auf unsere evangelische Sache dieselbe Devise anwenden und wollen sie hoch und heilig halten, so lange einer von uns lebt und nachkommen hat. In dankbarer Ergebenheit an ihn, der uns diesen Häuersohn gegeben hat, der uns die evangelische Wahrheit gebracht hat und hat finden lassen, trinke ich auf das Wohl meiner Mansfelder Gewerkschaft und der Stadt Eisleben, der ich meinen und der Kaiserin herzlichsten Dank für den wunderhöhnigen Empfang ausspreche. „Democh!“ „Glückauf!“

Die Verletzung der Reichsgesetze durch Einzelstaaten wird durch die Offiziosen eifrig befürwortet. Die „Verl. Pol. Nachr.“ unterschlagen fast sämtliche Gründe, die von Rednern der verschiedenen Parteien im Reichstag gegen die Veruche, die Arbeiter einzelstaatlich ihrer Reichsrechte zu berauben, vorgebracht wurden. Sie führen eine leichte Polemik gegen die unsres Wissens nur von

Abg. Spahn ganz nebenbei ausgesprochene Meinung, daß die Einzelstaaten eine im Wege der Reichsgesetzgebung unternommene, aber nicht zur Durchführung gelangte gesetzgeberische Abicht alsdann ihrerseits nicht mehr ansprechen dürfen. Erstlich ist dies überhaupt nicht behauptet worden, am wenigsten spielte eine solche Anschauung eine besondere Rolle in der Debatte. Es handelte sich vielmehr darum, daß die Einzelstaaten keine Gesetzgebung durchführen dürfe bezüglich solcher Materien, die entweder reichsrechtlich geregelt sind oder andrücklich reichsrechtlicher Regelung vorbehalten bleiben.

Nach leichter macht sich die hochoffizielle „Berliner Korrespondenz“ den Versuch, gegen die der Regierung sehr mangelhafte Stellungnahme des Reichstags zu polemisieren. Die läbliche Verordnungen gegen das Streikpostensetzen habe, sagt der kluge Offiziosus, gar nichts mit dem Koalitionsrecht zu thun, sie stelle nur eine polizeiliche Maßregel zur Aufrethaltung der Ruhe und Ordnung vor. Die Schreibbediensteten der Regierung sollten sich doch diese abgesonderten Maßgaben sparen. Man weiß doch, der ganze Streik handelt sich gerade darum, daß gewisse Behörden, angefaßt durch das Unternehmertum, unter der falschen Flagge ungeschützter Arbeiter für öffentliche Ordnung und Sicherheit die Grundrechte der Arbeitgeber zu eskamotieren versuchen.

Derartigen Verjungen ist die sozialdemokratische Interpellation in den Weg getreten. Es war allerdings ein amütiges Schauspiel, daß die unisürzerliche Sozialdemokratie die verfassungsmäßigen Reichsgrundrechte gegen die beunruhigten Vertreter des Reichs schützen mußte. Wenn jetzt die offiziellen Organe ablenken, daß die Interpellation thatsächliche Erfolge erzielen werde, so erklären wir uns von dem Ausgang uniser Interpellation anher befriedigt. Eine große Mehrheit des Reichstags verwarft sich dagegen, der Einführung von Justizvorlagen auf einzelstaatlichen Schleichpfaden ruhig zuzusehen.

Die gerüstete Mehrheit. Während die „Verl. Korr.“ in einem welthistorisch gekündeten Bombast die Annahme der Flottenvorlage feiert und dem Reichstag dankt, erteilt Schweinburg in den „Verl. Pol. Nachr.“ der Mehrheit die Genjur: Raum ziemlich genügend! Er schreibt:

„Es würde mit dem thatsächlichen Verlauf der Flottenkampagne nicht im Einklang stehen, wenn man aus diesem Anlaß dem Reichstag einen besondern Ruhm eskrang stechen wüßte. Man wird über der Befriedigung wegen der Annahme des Flottengesetzes nicht vergessen dürfen, daß es mehr als eines halben Jahres parlamentarischer Arbeit bedurft hat, um dieses Resultat zu erreichen, daß die Flottenvorlage auch nicht einmal unberührt bewilligt und daß diese Bewilligung mit einer Lösung der Dedingsfrage verknüpft ist, welche weder in Bezug auf die Methode der Gesetzgebung, noch in Bezug auf die einzelnen Vorschläge auf Aenderung des Zoll- und Reichs-Stempelgesetzes einwandsfrei erscheint. Bei der aus der Initiative des Reichstags vorgenommenen Veränderung dieser beiden Gesetze sind Rücksichten auf die Popularität bestimmter Steuerarten bzw. die Impopularität bestimmter Klassen der Bevölkerung und der Wunsch, diejenigen Kreise zu treffen, welche sich für die Verstärkung der Flotte besonders thätig interessiert haben, in höherem Maße entscheidend gewesen, als dies für eine nach allen Seiten hin sachlich befriedigende Erledigung der Dedingsfrage dienlich war.“

Nun, Herr Schweinburg, braucht die Hoffnung nicht aufzugeben. Bei der nächsten Heeres- und Flottenvorlage wird sich das Centrum schon völlig das Schweinburgsche Maß „nationaler Spannkraft“ angeeignet haben.

Lieber und Schweinburg. In einer Plauderei über ein Gartenfest beim Reichstausler rühmt die „Germania“ mit un-nachahmlicher Drolerie die Verdienste ihrer Leute um das Zustandekommen der Flottenvorlage:

„Uebrigens war der Abg. Müller-Fulda, der besonders in der letzten Reichstagsession zu einem ebenso hohen als wohlverdienten parlamentarischen Ansehen emporgehoben ist, nicht in der Gesellschaft; man wird es begreiflich finden, daß er Weg und Wünsche und Zerstreutungen aus dem Wege ging, um sich auf den heutigen Tag der Schlusentscheidung über die Flottenvorlage vorzubereiten. Auch Abg. Dr. Lieber, der bei der Verständigung über dieses Flottengesetz in weit höherem Maße thätig gewesen ist, als man das bei seinem leidenden Zustande bisher erwartet hatte, wurde in der Gesellschaft sehr vernicht.“

Niemand hat gezwinkelt, daß Herr Lieber, der verdiente Aufhändler, bei dem Centrum-Anfall seine Hand im Spiel gehabt habe. Dagegen ist es undankbar, wenn die „Germania“ Herrn Schweinburg, der auch beim Gartenfest zugegen war, um seine Verdienste bringt und die „Ueberagitation“ des Flottenvereins und die Flottenfregate schilt.

Kein, Herr Schweinburg und Herr Lieber können sich zu gleichen Teilen in die Ehren des Zustandekommens dieser und aller folgenden Flottenvorlagen teilen.

Ein tapferer Volksvertreter aus dem schwarzen Lager. Man schreibt uns aus Etsch-Lothringen vom 11. ds. Mis.: Der eifrigste-keriale Vertreter des b. reichsländischen Wahlkreises (Rappoltsweiler) im Reichstag, Abg. Wetterlé, der Redakteur des intrasigenten „Journal de Colmar“, hat auf dem Kriegspfad gegen die Puttlamerische Diktatur-Regierung einen nicht weniger als ruhmvollen Rückzug angetreten. Anlässlich der Verhandlung des Antrags auf Befreiung der Ausnahmezustände in Etsch-Lothringen hatte Herr Wetterlé am 28. Februar d. J. in einer längeren Reichstagsrede, in der er dem derzeitigen Regiment im Land der „wiedergewonnenen Brüder“ (sich zu Weib ging, u. a. auch die Behauptung aufgestellt, bei den letzten Reichstagswahlen sei bei einem Colmarer Wahlmutter ein Brief des Statthalters Fürsten Hohenlohe-Kampanburg eingetroffen, in dem die Aufhebung des Diktaturparagrafen für den Fall in Aussicht gestellt wurde, daß der kerikal-oppositionelle Kandidat, Rechtsanwalt Freich, in jenem Kreise nicht mehr gewählt werde. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ bezichtigte diese Behauptung als unwahr und als einen Versuch, den Reichstag irregzuführen. Darauf erhob Wetterlé gegen den Puttlamerischen Moniteur die **Verleumdungsklage** und kündigte dies auch in den ihm nahestehenden Zeitungen in überflüssig lauter Weise an. Heute schreibt nun die „Straßburger Korrespondenz“ mit behaglichem Stimmeln:

„Der Reichstags-Abgeordnete Wetterlé hatte bekanntlich gegen die Redaktion der „Straßburger Korrespondenz“ aus Anlaß der an seiner Reichstagsrede vom 28. Februar d. J. geübten Kritik Privatklage wegen Verleumdung erhoben. Nunmehr hat der Abgeordnete diese Klage zurückgenommen; er ist also anscheinend zu dem Erkenntnis gelangt, daß die Behauptung, er habe mit un-wahren Angaben den Versuch einer Irreführung des Reichstags unternommen, unter den gegebenen thatsächlichen Verhältnissen eine strafbare Verleumdung nicht darstelle.“

Der Vertreter des Kreises Rappoltsweiler im Reichstag hat also weder den Mut gefunden, die auch weitere Kreise interessierende Angelegenheit zum gerichtlichen Austrag zu bringen, noch die Kraft der ehlichen Selbstüberwindung besessen, um seine Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der vorher in gutem Glauben aufgestellten Behauptungen durch Juridiknahme derselben öffentlichen Ausdruck zu verleihen. Angesichts dessen erscheint der bißige Spott nicht ganz unangebracht, mit dem das amtliche Organ der Regierung Herrn Wetterlés Rückzug begleitet.

Ausland.

Zur Kritik in Orafen.

Das Neueste vom chinesischen Kriegsschauplatz ist, daß der „Standard“ über Berlin erfahren haben will, daß am Sonntag ein Ueberereinkommen zwischen den Mächten zum Zweck einer einheitlichen Aktion zu stande gekommen sei. Das Ueberereinkommen bestche in dem Beschluß, den **Vogerranstand gemeinsam zu unterdrücken** und namentlich die **Taku-Tientsin-Beltung-Eisenbahn unter den Schutz der Mächte zu stellen**. Gegen die Dynastie und die Regierung solle nichts unternommen

werden, dieselben seien im Gegenteil als unverleglich anzusehen. Dagegen werde man unerschrocken die Anruhen unterdrücken, ohne die Erlaubnis der chinesischen Regierung einzuholen, obgleich man dieselbe von den unternommenen Schritten unterrichtet werde. In der That eine formale Integrität der Regierung einer fremden Macht, daß man in ihrem Lande nach Kriegsbefehl schaltet und waltet, wie man will. Die formale Unverleglichkeit der Dynastie und Regierung wird aber auch von dem Augenblick an nicht mehr gewahrt werden können, wo die Regierung sich offen auf die Seite der niedrigerwertenden Russen stellt oder wo es auch nur erwiesen ist, daß sie mit der fremdenfeindlichen Partei heimlich konspiziert. Und schon jetzt behauptet man ja, daß die Regierung die Vögel in einem Kasten belobigt und ermuntert habe. Daß die Kaiserin fürchtet, vollständig überwacht und in Gefangenschaft gehalten zu werden, beweist schon ihre Klucht zu der russischen Gesandtschaft, eine Nachricht, die noch nicht demontiert worden ist. Daß die Kaiserin nicht daran denkt, sich als neutrale Marionette behandeln zu lassen, beweist auch die Umgestaltung des Tung-Tsiamens, die den „Times“ vom gestrigen Tage gemeldet wird. Danach ist ein Chinese ausgeschieden, wofür vier Randians streng konservativer Gesinnung zu neuen Mitgliedern ernannt worden sind. Ferner ist Prinz Tsching, das einzige Mitglied des Tung-Tsiamens, welches mit auswärtigen Angelegenheiten vertraut war, in seiner Stellung als Vorgesetzter durch den Prinzen Tuan, den Vater des Kronprinzen und mächtigen Förderer des Vögel-Bundes, ersetzt worden.

Dies Vorgehen der Regierung dürfte es den Mächten schwer machen, den Kampf gegen die Vögel als gegen einen Haufen zusammengekaufter Banditen zu führen, statt gegen China selbst. Die Rüstungen der Mächte dauern fort. In Peking befinden sich bereits 2000, in Tientsin 600 Mann. Von dem Gerücht, daß 4000 Russen auf Peking maršiert, haben wir gestern bereits Kenntnis genommen.

Admiral Kemp telegraphierte nach Washington, die Lage in China sei ernst, er bitte um Entsendung eines Bataillons Marine-Mannschaften aus Manila. Marinefeldmarschall Long wies den Admiral in Manila an, Admiral Kemp sofort 100 Mann Marine-Truppen zu senden.

Ferner teilte der französische Kolonialminister im Ministerium am 12. mit, daß 600 Mann für das Südstaatsgebiet bestimmter Marine-Infanterie in Saigon (Südchina) eingetroffen seien, um weiter verschifft zu werden.

Ähnere Ausschreitungen der Vögel meldet folgendes Telegramm der „Voss. Ztg.“:

Die neue Sommerwohnung der britischen Gesandtschaft im Gebirge wurde in der Nacht zu Montag von den Vögeln oder chinesischen Soldaten niedergebrennt. — Eine Shanghai-Druckung der „Daily Mail“ meldet, daß seit Sonntagmorgen Straßenkämpfe in Peking stattgefunden (s.). Angeblich griffen die Truppen unter General Zungfuhang die fremden Schutztruppen (s.) an.

Ueber die Lage in Süd-China wegen wir aus der in der Nummerierung vom 11. d. M. gehaltenen Rede des französischen Ministers des Auswärtigen, Delcassé, noch folgende Stelle nach:

„Unglücklichweise ist Nordchina nicht der einzige Punkt, der uns speziell beschäftigt. Vor einiger Zeit hat die Bewegung gegen die Fremden, welche mit furchtbarem Intenität in Nordchina aufgetreten ist, sich auch in Südchina gezeigt und unser Kabinett glaubte zu ihrer Verteidigung das Personal des Konsulats und dasjenige der Eisenbahnen bewahren zu müssen. Aber weit entfernt, sich zu vermindern, verdoppelt sich die Bewegung und ist für uns Staatsangehörigen so bedrohlich geworden, daß der Kaiser von Peking sich für ohnmächtig erklärte, sie zu beschützen. In einem Telegramm vom 7. d. M. abends sagte mich unser Konsul in Peking von dieser Lage in Kenntnis und ließ mich wissen, daß er es für nötig erachtete, sich mit allen Agenten und Missionaren nach Toulou zurückzuziehen. Ich habe meine früher der chinesischen Regierung gezeigte Unzufriedenheit wiederholt, daß wir sie für das Leben unserer Staatsbürger verantwortlich machen. Es ist das eine Vorstadt, welche alle diejenigen, welche China kennen, würdigen werden, aber eintretendenfalls würden wir mit um so größerer Festigkeit handeln, als nach dem Tspois, welches ich von dieser Tribüne aus von unfer Politik in China gegeben habe, die Billigung, welche ihm das Parlament giebt, für die ganze Welt außer Zweifel ist. Uns quält kein Wunsch nach einer unfruchtbareren Eroberung, wir wollen einfach die wirtschaftlichen Unternehmungen in Hunnan, welche uns durch Vertrag eingeräumt sind, gut durchführen.“

Belgien.

Die Stichwahlen zu den Provinzialtagen, welche am Sonntag in 19 Bezirken stattgefunden haben, brachten den Sozialisten zum erstenmal einen Sieg in Brüssel, wo der Genosse de Broeckere gewählt wurde. In der Provinz Hainaut gewann unsere Partei 6 Sitze, aber verlor 2 bisher inne gehabte. In der Provinz Namur hielten auf die Alliance der Radikalen und Sozialisten 8 Sitze. Dagegen bekämpften die Sozialisten in der Provinz Väst die Radikalen überall und errangen 4 Sitze in Stadt Väst und 4 in Huy. — Charakteristisch an diesen Wahlen ist die Zurückdrängung der Liberalen und die Abforbierung der Radikalen durch die Arbeiterpartei.

Rußland.

Nachrichten über die Notlage der russischen bäuerlichen Bevölkerung dringen trotz augenscheinlicher Vernunftmaßregeln der russischen Regierung von Zeit zu Zeit immer wieder an die Öffentlichkeit. So liegt auch gegenwärtig folgende Meldung aus Kiew vor:

„Das lange Ausbleiben von Regen läßt starke Befürchtungen für die bevorstehende Ernte aufkommen. Das Gerücht ist ausgedehnt und der starke Wind trocknet auch alles Uebrige aus. Die Landwirte geben alle Hoffnung auf; in vielen Gärten wird eine vollständige Wüstenheit des Obstes erwartet. Gletscher ging hier ein starkes Hagelwetter nieder. In einigen Flecken und Dörfern werden Wittgottesdienste und Prozessionen veranstaltet.“

Von den lebendig Begrabenen kommen wieder einige Meldungen aus Tageslicht. Wir meinen nämlich die Insassen der Schlüsselburger Festung. Die dort Sitzenden gehören noch der früheren revolutionären Generation aus Anfang und Mitte der achtziger Jahre an; im letzten Jahrzehnt sind, soweit bekannt, die politischen Verbrecher nicht dorthin gebracht worden. Die Lage der dort Insassen ist einfach schrecklich. Sie dürfen nur Bücher religiösen Inhalts lesen, nur ausnahmsweise werden ihnen auch wertige wissenschaftliche Werke gegeben. Ihre Verwandten dürfen sie weder sehen, noch an sie schreiben. Wie wir aus dem Bulletin des „Noten Arenez“ — das „Note Arenez“ ist eine geheime Gesellschaft zur Unterstützung der politischen Verbrecher — entnehmen, sind im ganzen während der letzten 14 Jahre in der Schlüsselburger Festung 55 Verbrecher gewesen; von ihnen sind schon 27 tot und zwar erschossen sind 2 Mann, erhängt wurden 7 Mann (dieselben wurden hingerichtet teils wegen Disziplinavergehen, teils weil sie ihre Vorgesetzten beleidigt hatten, um durch ihren Tod die Aufmerksamkeit der höheren Vorgesetzten auf die Festung zu richten und so die Lage der dort Gebliebenen zu verbessern). Zwei erhängten sich selbst; eine Frau schnitt sich den Hals durch, einer verbrannte sich. Ferner starben an Schwindsucht 8 Personen, an Abzehrung, Magenkrampf und unbenannter Krankheit 5 Personen, 2 sind nach einer dauernden Geisteskrankheit hingerichtet. 10 Personen sind in den letzten Jahren aus der Festung entlassen worden; sie mußten sich aber alle sofort nach den entfernteren Gegenden Sibiriens begeben, was natürlich von den Verurteilten als Paradies angesehen wurde. Zur Zeit befinden sich in der Festung 14 Personen, unter denen auch Wera Figner, die Schwester des bekannten Ueberläufers und des Sohnes des Jaren. Von diesen Unglücklichen ist niemand voll-

ständig gesund; jeder leidet an der oder jener Krankheit: Nervenleiden, Magenkatarrh und Schwindsucht sind am häufigsten anzutreffen. Das die Lage der in der Schlüsselburger Festung lebendig Begrabenen.

Asien.

Korea und Japan. Yokohama, 12. Juni. Die koreanische Regierung hat vorgeschlagen, die Audienz zu vertagen, die der japanische Gesandte verlangte, um wegen der Hinzurückung eines dem König Japans unterstehenden Flüchtlings vorstellig zu werden; wie verlautet, hat jedoch Japan in seiner Antwort die sofortige Bewilligung der Audienz verlangt.

Afrika.

Der Aufstand an der Goldküste, über den gestern ein bezeichnenderes Telegramm vorlag, erscheint heute wieder in ungewöhnlicherem Lichte infolge einer Nachricht aus London, derzufolge der Entsetzungsversuch Kinnas als vorläufig gescheitert angesehen werden muß. Das betreffende Telegramm lautet:

Sowohl eine amtliche, wie eine beim „Menterschen Bureau“ eingegangene Depesche melden, daß der Vornarrsch eines Teils der Entsetzungsarmee für Kinnas erstem Widerstand begegnete. Die Kolonne rückte auf Damponji vor, wo die Aufständischen eine starke Stellung inne hatten. Nach einem Gefecht wurden die Aufständischen aus ihrer Stellung geworfen; aber wegen der erlittenen Verluste war die Kolonne nicht mehr im Stande, weiter vorzurücken; sieben europäische Offiziere wurden verwundet. Die Kolonne kehrte nach Awisa zurück. Weitere Stämme sind zu den Aufständischen übergegangen.

Ob die vereinigte Entsetzungsarmee den Durchmarsch durch das feindliche Gebiet erzwingen wird, erscheint insofern fraglich, als auch die Aufständischen durch den Abfall weiterer Stämme verstärkt worden sind. Zudem weiß niemand in England, ob Kinnas sich überhaupt noch hält oder ob es nicht bereits zur Uebergabe gezwungen worden ist, da bekanntlich seit mehr als einem Monat jede Verbindung mit der belagerten Stadt unterbrochen ist.

Partei-Nachrichten.

Parteiengenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Der diesjährige Provinzial-Parteitag findet am Sonntag, den 26. August, in Berlin im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Allee 15, statt. Alles Nähere (provisorische Tagesordnung usw.) wird baldigst bekannt gegeben.

Die Vertrauensleute sämtlicher in Betracht kommenden Kreise werden gebeten, die Kreisversammlungen resp. Kreisversammlungen, welche sich mit der Stellungnahme zum Provinzial-Parteitag und Wahl von Delegierten zu demselben zu beschäftigen haben, so zeitig zu versetzen, daß event. Anträge bis spätestens 18. August an uns eingekandt sein können.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

J. A. Karl Dimmig, Berlin S., Riesen-Platz 11.

Buchdrucker-Verband und Sozialdemokratie. Wir erhalten von dem Genossen Fritz Herbert-Stettin folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck:

„In einer Versammlung in Bant hat der Vorsitzende des Buchdrucker-Verbands, Herr Döblin, die Behauptung aufgestellt:

„Die Drucker der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Stettiner Volksboten“ stellen Verbandmitglieder überhaupt nicht mehr ein.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat dies in Bezug auf ihre Drucker bereits als dreifachen Schwindel bezeichnet. Die gleiche Erklärung muß ich für die Drucker des „Stettiner Volksboten“ abgeben. Wenn ich Gehilfen gebraucht habe, so habe ich mir diese, abgesehen von dem Engagement fremder Gehilfen, stets von dem Verwalter des Verbands zuweisen lassen. Noch vor Ostern dieses Jahres habe ich zu dem Verwalter geschickt, aber den Bescheid erhalten, daß niemand zu haben sei. Erst hierauf habe ich durch Inzerat in der „Buchdrucker-Wacht“ einen Gehilfen, und zwar ein Gewerkschaftsmitglied gesucht, weil ich einen Parteigenossen haben wollte.“

In der gleichen Angelegenheit werden wir noch ersucht, die Resolution mitzutheilen, in der die organisierten Metallarbeiter in Aiel Stellung genommen haben gegen die Hinandrängung ihres Kollegen, des Maschinenbauers Wiffel, aus der Stellung eines Maschinenmeisters bei der Drucker der „Aiel Volksztg.“ Diese Resolution, die durch zwei Versammlungen auf der Tagesordnung stand und am 19. September vorigen Jahres angenommen wurde, lautet:

„Die Versammlung erhebt gegen das Bestreben der Buchdrucker, die in ihrer Branche frei werdenden Maschinenmeister-Stellen nur für die Mitglieder ihres Verbands in Anspruch zu nehmen, während man den Mitgliedern anderer Organisationen das Vorkaufsrecht auf solche Stellen bestreitet, lebhaften Protest. Sie bezeichnet ein solches Bestreben als reaktionär und als mit der gesetzlich garantierten Gewerbefreiheit und mit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung im schroffsten Widerspruch stehend. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die von dem Aiel-Quadranten in Scene gesetzte Agitation zur Vereinerlichung ihres Kollegen Wiffel als Maschinenmeister der „Salomon-Holtz-Volkszeitung“ als durchaus gehässig und verwerflich zu betrachten. Wir können es deshalb auch nur bedauern, daß die Firmenträgerkommission durch die ihnen abzunehmende Entlassung ihres sowie aller anderen Gewerkschaftsinteressen denjenigen der Buchdrucker zuliebe geopfert hat.“

Zu dem letzten Punkte dieser Resolution sei bemerkt, daß in der Versammlung von zuständiger Stelle mitgeteilt wurde, daß die Firmenträger sich erst zur Auflösung des Verbands mit Wiffel entschlossen, als die zwischen den Vertretern der Buchdrucker-Organisation und den Firmenträgern gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung nicht führten und die Buchdrucker zuletzt offen mit dem Ausstand und Boykott als letztem Mittel drohten.

Der Halle'sche Waisenprozeß scheint riesige Dimensionen annehmen zu sollen. Dieser Tage wurde 37 Angeklagten der Anklagebescheid zur Verhandlung am 18. Juni zugestellt. In diesem Prozeß handelt es sich um den Spaziergang vom 1. Mai und ebenfalls um Ueber-tretung und Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Die Sache nennt sich Redakteur Swienty und Genossen und werden mehrere bekannte Parteigenossen, aber auch andre Personen den Anklageratrum betreten müssen. Genosse Swienty soll als Leiter fungieren und die übrigen Angeklagten sollen teilgenommen haben. Als Zeugen sind rund 30 anzig Polizeibeamte geladen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freigeiprochen wurden vom Schöffengericht in Halle die Genossen Schade und Jaas. Sie sollten sich in der Volksversammlung am 1. Mai durch das Verbreiten der „Mafest-Zeitung“ gegen das alte preussische Preßgesetz vergangen haben, was der Gerichtshof aber nicht als erwiesen annahm.

Wegen Verleumdung zweier Amtsblatt-Redakteure war der Genosse Raich, verantwortlicher Redakteur des „Wüdder Volksboten“, vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Das Verurteilungsgericht setzte die Strafe auf 150 M. Geldstrafe herab.

Straßenbahner-Bewegung.

Wie wir bereits in gestriger Nummer mitgeteilt haben, hat der Ausstand in Hannover ein klägliches Ende genommen. Bei der letzten Abstimmung über die Fortführung des Streiks hatten sich 43 Stimmen gegen die Fortdauer erklärt. Diese Leute scheinen Angst um ihre Stellung gehabt und sich sofort nach ihren Depots

begeben zu haben. Am Abend machte die Direktion bekannt, daß sie 150 Mann zur Verfügung habe und daß der Betrieb nun in vollem Umfang wieder aufgenommen werde. Ob das der Wahrheit entspricht, scheint sehr zweifelhaft, aber es bewirkte eine immer größere Fahnenflucht. Den Sieg, den die Direktion über die Angestellten errungen, hat sie lediglich dem Minister Thiel zu danken. Zudem er die zur Sicherung des Verkehrs notwendigen Vorarbeiten über die Ausbildung des Personals kurzerhand aufhob, weshalb er das Stückverhältnis vollkommen zu Ungunsten der Ausständigen. Die gründlich die Direktion ihren Sieg anzunehmen verlegt, geht aus den Bedingungen hervor, von denen sie dem „Hann. Cour.“ zufolge die Wiederanstellung abhängig macht:

Austritt aus dem Transport- und Verkehrsarbeiter-Verband und Leistung des Versprechens, nie wieder in diesen oder einen ähnlichen Verein einzutreten. (1) Inwiderhandlungen berechnen die Direktion, eine Konventionalsrate von 50 M. zu erheben, und würde außerdem eine sofortige Entlassung des betreffenden stattfinden. Ferner wird der Eintritt in den Pensionsverein der Angestellten der Straßenbahn Hannover auf Grund der jetzigen Statuten verlangt. Die Gehaltsbedingungen bleiben dieselben, wie sie im Monat Mai gewesen sind. Die von der Direktion nachträglich vorgeschlagenen, aber nicht angenommenen Bedingungen treten nur in Kraft für die der Direktion treu gebliebenen Angestellten. Es sollen nach Möglichkeit sämtliche Leute wieder angenommen werden, jedoch behält sich die Direktion Ausnahmen vor bei den Leuten, welche als betriebsunfähig gelten und denen doch in einigen Tagen wieder gekündigt werden müßte. Derjenige von den wieder Eingetretenen, welcher versucht, durch Worte oder Thaten die der Direktion treu gebliebenen Kollegen zu belästigen oder gar zu kränken, wird unverzüglich entlassen und seine event. Verurteilung herbeigeführt.

Wie viele auf diese Bedingungen eingegangen sind, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Indessen dauern die vom Jahrgang infizierten Tunnulle noch immer fort. In den letzten Tagen sind in Hannover förmliche Schlächtere geliefert worden. Bis zum 9. d. M. 1/2 Uhr abends wurden nach der „Frankf. Ztg.“ bereits 150 Leichte und über 30 schwere Verletzungen bekannt gegeben.

Die Lohnbewegung in Königslutter i. Pr. hat, nachdem die Angestellten den Direktor der Gesellschaft sich zum Leiter ihrer Bewegung hatten machen lassen, für die Gesellschaft ein sehr günstiges Ende gefunden. Zwar hat man den Angestellten Zugeständnisse gemacht, doch sind dieselben recht unbedeutend. Die Lohn-erhöhung, auf welche die Angestellten am meisten Wert legten, da ihre Verzahlung bisher eine ganz ungenügende war, ist sehr gering ausgefallen. Nur 5 M. wird jeder Mann im Monat mehr erhalten. Eine Pensionskasse giebt es nicht. Später, wenn sich die Verhältnisse der Gesellschaft geklärt haben, will sich die Direktion mit der Gründung einer Pensionskasse beschäftigen. Statt in jeder Woche werden die Angestellten nur jeden neunten Tag frei haben. Davon, daß von einer Anzahl freier Tage einer auf einen Sonntag fällt, ist keine Rede. Die Wiltagspause ist „grundsätzlich“ auf zwei Stunden festgesetzt.

In Erfurt hatte die Bewegung durch Vereinbarungen zwischen Direktion und Angestellten geendet. Wie diese von der ersteren gehalten wurden, ist ersichtlich aus einer Mitteilung, die wir der „Erfurter Tribüne“ entnehmen:

Durch Ehrenwort und feierliche Unterschrift hatte die Direktion der hiesigen Straßenbahn sich verpflichtet, Maßregelungen infolge der Lohnbewegung nicht stattfinden zu lassen. Wir waren selbst Zeuge, als der Vertreter der Direktion bei den Einigungsverhandlungen die loyalste Handhabung der getroffenen Vereinbarungen zusicherte. Mit diesen Verpflichtungen und Versprechungen stehen aber die neuesten Maßnahmen der Direktion im schroffsten Widerspruch. Statt der versprochenen 35 Pfennige für Ueberstunden sind den Angestellten nur 30 Pf. gezahlt worden. Ferner sind zwei in der Lohnkommission thätig gewesene Fahrer am Sonntagabend entlassen. Als Grund wurde angegeben, die Betroffenen hätten sich unbefugt in die „Dispositionen der Direktion“ eingemischt. Als wahrer Grund dürfte aber der Anschluß der Angestellten an ihre Berufsorganisation zu betrachten sein. Der Verzichtung des Koalitionsrechts der Straßenbahner gilt der neue „Anschlag.“

Die Berliner Straßenbahner

befinden sich in einer hoffnungsvollen Stimmung; sie wissen, daß die öffentliche Meinung auf ihrer Seite ist. Auch hinsichtlich der neu eingetretenen Fahrer und Schaffner herrscht keinerlei Besorgnis, daß diese sich als Vertreter gebrauchen ließen, sondern auch sie werden sich in ihrer großen Mehrheit den alten Leuten anschließen.

Wie im übrigen eine Lokalkorrespondenz berichtet, soll die immotivierte Kündigung einer Anzahl älterer Angestellter, die vor dem Streik erfolgte, wieder zurückgenommen worden sein. Die betreffenden Beamten sind teils in ihren alten Stellungen verblieben, teils sind sie verjezt und auf Tagelohn gesetzt worden. Dem Vernehmen nach sollen auch bei drei Angestellten des Bahnhofs Kreuzberg, die nach dem Streik gemahregelt worden waren, die Kündigungen zurückgezogen worden sein.

An die Möglichkeit dieser Nachricht vermögen wir nicht recht zu glauben, soviel scheint aber sicher, daß die Direktion bereits eingesehen hat, daß ihr Versuch, die Angestellten durch Verbreitung von Furcht und Schrecken einzuschüchtern, mißlungen ist, so daß sie weitere in Aussicht genommene Maßregelungen unterlassen haben mag. Das feste Zusammenhalten der Angestellten ist denn auch der beste, der einzige Schutz gegen Uebergriffe der Direktion. Das haben die Straßenbahner begriffen.

Wie wir gestern bereits mitgeteilt haben, war am Montag eine Deputation der Angestellten bei dem Oberbürgermeister Kirchner vorstellig gewesen. Herr Kirchner erklärte sich bereit, die Vermittlerrolle abermals zu übernehmen, wollte aber erst auch die andre Seite hören. Am Dienstagnachmittag ist er denn auch zu einer Konferenz, die im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses stattgefunden hat, hinzugezogen worden. Wie ein hiesiges Lokallblatt zu melden weiß, nahmen an der Konferenz teil der Minister des Innern v. Rheinbaben, Eisenbahnminister v. Thiel, Oberbürgermeister Kirchner, sowie als Vertreter der „Großen Berliner“ Ministerialdirektor a. D. Wike und Regierungsrat v. Kählewein.

Die Vertreter der Straßenbahn verwarfen sich natürlich dagegen, daß sie an den Vereinbarungen, die zu dem Friedensschluß geführt, wortbrüchig geworden wären.

Die Kündigungen seien einzig und allein von der Notwendigkeit diktiert worden, daß ein wirklicher Friede wieder eintrete und erhalten bleibe. (Die Ruhe des Kirchhofs, Red. d. Vorw.) Dies aber gerade hätten die entlassenen Beamten durch ihr Verhalten unmöglich gemacht. Bezüglich der Beschwerdekommission verweisen die Herren darauf, daß sie die Lösung dieser Frage in der von den Streikenden damals beantragten Form stütze abgeschlagen hätten. Schließlich betonten sie, daß sie eine Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters, falls er dazu wieder bereit wäre, wie das erstmal im vollen Vertrauen begütigen würden. Daraufhin erklärte Herr Kirchner, daß er nunmehr die Vermittlung übernehmen wolle, um nach besten Kräften dem Frieden zu dienen.

Das Blatt sagt nichts darüber, was Herr Kirchner zu dem Punkt „Beschwerdekommission“ gesagt hat. Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß der Herr Oberbürgermeister am Montag der Deputation der Straßenbahner gegenüber sich dahin geäußert hat, daß zwar bei den Vereinbarungen nicht ausdrücklich festgesetzt worden wäre,

daß die Kommissionen von den Angestellten gewählt werden müßten, er sei jedoch der Auffassung gewesen, daß dies etwas ganz Selbstverständliches sei.

Ganz selbstverständlich! Außer der verschwiegenen Direktion ist eben jeder Mensch dieser Meinung gewesen.

Herr Oberbürgermeister Kirchner hat noch gestern (Dienstag) abend seine Thätigkeit als Vermittler begonnen und die Vertrauensleute der Angestellten zu sich geladen.

Der Oberbürgermeister teilte den Vertretern der Angestellten mit, die Direktion habe ihm gegenüber erklärt, sie sei bereit, wenn die in den letzten Tagen Gefährdeten um ihre Wiedereinstellung nachsuchen, die Gründe zu prüfen, welche zur Kündigung Veranlassung gaben, und eventuell die Entlassenen wieder einzustellen. Was die Beschränkungscommission anlangt, so sei die Direktion damit einverstanden, daß die Kommissionsmitglieder in Depotversammlungen der Angestellten gewählt werden, jedoch ohne Mitwirkung von Leuten, die dem Betriebe nicht angehören.

In der Versammlung im Circus Schumann hatten sich bis 12 Uhr nachts gegen 3000 Personen eingefunden und immer neue Besucher, sämtlich in Uniform, strömten herzu. Leider verlagten die Beleuchtungsbeurteilungen und es brannten zur genannten Zeit nur einige Oellampen. Es wurde der Versuch gemacht, auf andre Weise Licht zu schaffen, doch konnten wir bei Schluß der Redaktion noch nicht feststellen, ob dieser Versuch Erfolg haben werde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Konflikt im Bäckereigewerbe.

Die Bäckerei-Arbeiter nahmen am Dienstagmorgen Stellung zu den vom Einigungsamt hinsichtlich der Lohnbewegung gemachten Vorschlägen. Die Versammlung fand in Kellers Saal statt. Sie war von etwa 1800 Personen besucht. Der erste Redner, Abgesandter Most referierte über den Verlauf der am Montag abgehaltenen Meisterversammlung. Der Darstellung des Redners zufolge ist der Bericht der „Vorwärts“ über diese Versammlung nicht ganz zutreffend. Die Meister haben den ganzen Absatz der Einigungsvorschläge abgelehnt, und damit nicht nur die Mitwirkung der Gesellenvertretung bei den Erhebungen über den Arbeitsnachweis und der event. Umgestaltung desselben, sondern auch bei den Ermittlungen über die Wirkung der für Werkmeister und Anreter zugestandenen Abschaffung von Kost und Logis zurückgewiesen. Schneider führte aus: Die Vorschläge des Einigungsamts seien zwar nur sehr unbedeutend und blieben weit zurück hinter den Forderungen der Arbeiter. Trotzdem hätten sich die Vertreter der Gesellen im Interesse des Friedens mit den Vorschlägen einverstanden erklärt, umsonst, als den Arbeitern im Punkt 6 der Vorschläge eine Mitwirkung in wichtigen Angelegenheiten zugestanden worden ist, und hierdurch die Möglichkeit gegeben war, die jetzt noch nicht bewilligten Forderungen in der Zukunft zu erreichen. Wenn nun auch die Meister diesen Punkt abgelehnt haben, so würde es doch eine Unbesonnenheit sein, wenn die Gesellen jetzt jede weitere Verhandlung vor dem Einigungsamt ablehnen wollten. Auf die Streikung auch nur eines einzigen Punktes würden sich die Bäckerei-Arbeiter aber nicht einlassen. Entweder die Vorschläge des Einigungsamts würden unverändert angenommen oder im ganzen abgelehnt. Rörsten, der als Meister im Einigungsamt mitgewirkt hat, riet zur unveränderten Annahme der Einigungsvorschläge und erinnerte daran, daß Obermeister Bernard bei den Einigungsverhandlungen, nachdem die genannten Vorschläge endgültig festgesetzt und von den beiderseitigen Vertretern angenommen waren, erklärt hatte, nun dürfe aber auch, wenn die Einigung zu Stande kommen sollte, an den Vorschlägen nicht geändert werden. Jetzt seien die Meister diejenigen, welche an den Vorschlägen geändert und einen Passus aus denselben gestrichen haben. Wenn es dahin kommen sollte, daß an diesem Verhalten der Meister die Einigung scheitert, dann seien es die Meister, die den Kampf heraufbeschworen haben, und für diesen Fall sei die Sympathie der weitesten Kreise der Bevölkerung den Bäckerei-Arbeitern sicher. In gleichem Sinne äußerten sich noch verschiedene Redner. Man betonte, daß die Arbeiter ihr Möglichstes thun würden, um die Lohnbewegung zu einem friedlichen Abschluß zu bringen, daß sie sich aber, wenn es sein müsse, nicht scheuen, ihre Forderungen im Kampf durchzusetzen.

Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Bäcker Berlins hält die Einigungsvorschläge des Einigungsamts für das geringste, was den Arbeitern gewährt werden konnte. Sie erklärt jedoch, dieselben annehmen zu wollen, sobald die Einigungsvorschläge, so wie sie das Einigungsamt festgesetzt hat, auch von den Meistern angenommen werden. Die Versammlung erklärt, auch nicht ein Wort von den Vorschlägen des Einigungsamts abzulassen. Die morgende Sitzung des Einigungsamts wird unsere Richtschnur sein: Entweder Anerkennung der Vorschläge des Einigungsamts oder Streik. — In diesem Zweck findet am Donnerstag, den 14. ds. Mts., in diesem Saal eine neue Versammlung statt, die endgültig über Streik oder nicht Streik entscheidet.

In Spandauer Mauerkreis hat sich die Situation nicht verändert. Etwa weitere 80 Streikende haben außerhalb Arbeit gefunden, etwa 25 Mauerkreis abgereist, so daß gegenwärtig nur noch etwa 35—40 Streikende an Orte vorhanden sind, welche fast zur Ausübung der Baukontrolle gerade notwendig ist. Die meisten Bauten ruhen auch jetzt noch vollständig. Auf einigen Bauten wird die Arbeit von den Lehrlingen und Vollenen spärlich fortgesetzt; nur auf dem Neubau der Gebr. Reineke geht die Arbeit mit Hilfe der 13 italienischen und einiger sonstigen Arbeitswilligen einigermaßen von statten. Aus den Reihen der Streikenden hat sich bisher nicht ein einziger Fahnenflüchtiger gefunden. Die Unternehmer haben sich bisher vergeblich bemüht, von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen. In der gestrigen Nummer der Spandauer Lokalblätter veröffentlicht der Arbeitgeberverband ein von 20 Unternehmern unterschriebenes Inserat, mit welchem diejenigen Mauerkreis, welche geneigt sind, mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu treten, um dauernde Arbeit, für das ganze Jahr, unter noch näher festzustellenden Bedingungen anzunehmen, aufgefordert werden, sich sofort zu melden. Erfolg hat dieser Lockruf bisher nicht gehabt.

Deutsches Reich.

Weberknecht. In der mechanischen Weberei von Otto Diederich in Reichensbach i. Schl. ist ein Streik der Weber ausgebrochen. Die Weber der genannten Firma waren bisher noch Tagelohn von zwei Mark pro Tag beschäftigt werden und sollten jetzt nach Stücklohn arbeiten. Der Lohn war aber so niedrig bemessen worden, daß auch nicht entfernt ein Lohn von 2 M. pro Tag verdient werden konnte. Die Streikenden fordern, nach Meter und zwar pro Meter mit 3 Pf. bezahlt zu werden.

Das Streikpostensystem wird jetzt in Halle nach der neueren Entscheidung des Kammergerichts nicht mehr auf Grund des Aufhängeparagrafen, sondern nach der Straßenpolizei-Verordnung verfolgt. Mehrere Tischler sind schon nach dieser neuen Methode verurteilt.

Der Knopfmacher-Ausstand in Kelbra ist nach achtwöchentlicher Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Im oberbayerischen Steinkohlenrevier siegten bei den Knappheitswahlen die Kandidaten des „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands“ zum erstenmal über die Verbandskandidaten, welche von einer „christlichen“ Richtung unter den Arbeitern vergeblich unterstützt wurden.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Wirksamkeit der weiblichen Fabrikaufsichtsbeamten in England giebt Helene Simon in der „Socialen Praxis“ nach dem Jahresbericht der Fabrik- und Werksstätten-Inspektion für 1899 einige interessante Einzelheiten. Bekanntlich hat man in Weimar die dort als Fabrikinspektorin angestellt gewesen alte Dame wieder entlassen, weil sie selbst in noch höherem Grade der Fabrikinspektorin aus der Thätigkeit, während weniger Monate die Ueberzeugung gewonnen zu haben glaubten, daß eine Fabrikinspektorin ganz überflüssig sei. Es hätte sich niemand an sie gewandt und es sei nirgends Veranlassung gewesen, schädlich für Arbeiterinnen einzutreten. Was in Weimar einen so besonders trassen Ausbruch gefunden und eine so bedauerliche Folge gehabt hat, ist in Deutschland von jeher ein beliebter Einwand gegen alle Reformen gewesen. Es mögen noch so viele innere Gründe für eine Reform, für eine neue Einrichtung sprechen — immer kommt man mit Einwänden, die eigentlich erst dann mit Recht geltend gemacht werden könnten, wenn die Einrichtung lange Zeit bestanden hat und doch nicht bemerkt worden ist. Auch bei der Verwendung von Frauen zur Fabrikaufsicht wird es so gehen; die Arbeiterinnen werden erst mit der Zeit den Wert dieser Einrichtung einsehen lernen und erst mit der Zeit einen größeren Gebrauch davon machen — wenn die angestellten Frauen es verstehen, sich das Vertrauen der Arbeiterinnen zu erwerben. Dafür spricht die in England gemachte Erfahrung. In dem genannten Aufsatz heißt es:

„Als augenfälligstes Ergebnis wird die rapide Vermehrung der insolge von Beschwerden über Gesetzesverletzungen an das Amt gestellten Ansprüche geschildert, über die Grenzen hinaus, in denen es möglich ist, ihnen ohne bedauerlichen Aufschub oder fortwährende Sorge nachzukommen.“ Die in den beiden Vorjahren von 108 auf 381 gestiegene Zahl der Beschwerden belief sich 1899 auf 522. Davon erwiesen sich 438 bei der Revision als begründet und abstellbar. 95 waren anonym; 283 kamen von Arbeiterinnenorganisationen, speziell der Women's Trade Union League; 47 von Behörden; 157 unmittelbar von Arbeiterinnen oder ihren Freundinnen. Dies verdient um so mehr Beachtung, als den zum Teil so hervorragend thätigen und aufopfernden englischen Inspektorinnen, mit denen uns die Geschichte des Arbeiterkampfes bekannt macht, im Laufe einer ununterbrochen über 70 Jahre sich erstreckenden Thätigkeit, Beschwerden von Arbeiterinnen fast niemals zuzugingen. Das Resultat spricht für sich selbst. Die persönliche Beziehung zwischen Aufsichts- und Arbeiterin, die mit der Einsetzung der Inspektorin angeknüpft wurde, sehen wir hier auf dem Weg schneller Entwicklung. Diese schnelle Entwicklung ist untrennbar verknüpft mit der Sachkunde und dem warmen Eifer der Inspektorinnen und der Beschäftigten, die sie von Anfang an erhielten.“

Wie die englischen Fabrikinspektorinnen ihr Amt ausüben, zeigt die Mitteilung, daß die fünf Damen 2100 Besuche bei Heim- arbeiterinnen, Arbeitervertretern und Lokalbehörden abstatuerten, um Beschwerden zu erörtern und dergleichen. In Deutschland wird man weiblichen Aufsichtsbeamten, selbst wenn diese es wollten, schwerlich die Freiheit lassen, die zu einer solchen Ausgestaltung ihrer Thätigkeit möglich ist. Zumeist werden sie dann auch noch segenreich genug wirken können; von heut auf morgen wird sich das aber nicht gerade zeigen.

Socials.

Die Minister Arbeiterverhältnisse „untersuchen“, darüber lesen wir in der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“: Herr Bergwerksminister Bresselt wollte vor einigen Tagen im Ruhrgebiet, das wichtigste eiserne bergmännische Industrie- und soll sich sehr eingehend nach den Verhältnissen der Bergarbeiter erkundigt haben. Bei wem? Wir versichern, daß Herr Bresselt bei und nicht war, auch auf dem Bureau des Gewerksvereins sprach er nicht vor. In Westphalen hat sich Herr Bresselt nur bei den Werksbesitzern Informationen geholt. Das mag zur rechtzeitigen Klärung dienen, denn wir geben wohl nicht feht, wenn wir annehmen, Herr Bresselt würde seine „genauen Informationen“ bald verwerthen bei einer Debatte über Arbeiterverhältnisse im Landtag.

Arbeitersekretariate in der Schweiz. Die organisierten Arbeiter in Winterthur haben durch Abstimmung fast einstimmig beschlossen, ein Arbeitersekretariat zu errichten und daselbe am 1. Juli zu eröffnen. Zu dessen Leiter wurde Genosse Paul Brandt gewählt, der gleichzeitig auch für das socialdemokratische „Volkrecht“ in Zürich als Mitredakteur thätig sein wird, das seinerseits an das Arbeitersekretariat einen Jahresbeitrag von 1800 Fr. leistet. — In Bern ist von den organisierten Arbeitern als Nachfolger des nach Basel überfiedelnden Genossen Dr. Wasthilleff der Genosse W. Schürpf in Baden bei Zürich als Arbeitersekretär gewählt worden.

Geriichts-Setzung.

Vor dem Schönrgerichte des Landgerichts I, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller, begann gestern eine Verhandlung einer Anklage wegen betrügerischen Bankrotts gegen die Tischlermeister Gustav Kamminger, Ernst Broeder und Hermann Wolff, letzterer aus Vichtenberg. Die beiden ersten Angeklagten sind außerdem des versuchten Betrugs gegen eine Feuer-versicherungs-Gesellschaft beschuldigt. Es handelt sich um eine große Scheidung, die die Angeklagten gemeinschaftlich zu Ungunsten ihrer Gläubiger unternommen haben sollen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Wedder, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Westhauer, Ulrich und Jacoby. Der Angeklagte Wolff errichtete vor etwa 7 Jahren mit dem inzwischen flüchtig gewordenen Georg Broeder eine Tischlerei, in welcher die Angeklagten Kamminger und Ernst Broeder eine Zeitlang als Gesellen beschäftigt waren. Kamminger machte sich im Frühjahr 1898 selbständig und gründete alldamit mit dem Angeklagten Ernst Broeder unter der Firma Kamminger u. Broeder in der Friedrichstr. 85 eine Tischlerei und Bildhauerei, in welcher sie 85 bis 86 Gesellen beschäftigten und etwa 100 000 M. Jahresumsatz erzielten. — Wolff und der flüchtig gewordene Georg Broeder machten am 1. Juli 1899 Konkurs und errichteten sodann — eine neue Tischlerei in Vichtenberg auf den Namen eines Schwiegerjohnes des Wolff, des Sachinbers Max Vanger, weil sie nicht alle Gläubiger befriedigt hatten und auf eigenen Namen nichts unternehmen konnten. Auch über die Firma Kamminger u. Broeder wurde auf Antrag einer Rudolphshandlung am 18. d. J. der Konkurs eröffnet. Die Gläubiger, deren Forderungen etwa 80 000 M. betragen, werden etwa 80 Proz. erhalten. Kamminger u. Broeder haben nun in der Strafmannschaft und am Weidenweg durch Wolff auf dessen Namen besondere Räume mieten und dorthin eine ganze Anzahl von Sachen schicken lassen, um sie den Gläubigern zu entziehen, diese aber ihre Aktiva zu kauschen und einen möglichst günstigen Vergleich zu erzielen. Auch bares Geld haben sie beiseite geschafft. In der Nacht zum 7. Dezember 1899 hatten sie nämlich in ihrer Fabrik einen Brandstiftung begangen, welcher ihnen von der Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft mit 4591 M. vergütet wurde. Von diesem Geld hat Broeder mit Vortwischen Kammingers etwa 800 M. dazu verwendet, um in der Eisenbahnstraße 13 auf den Namen seiner Ehefrau eine Tischlerei einzurichten. Bei dem Brande sollen angeblich die meisten Geschäftsbücher der beiden ersten An-

geklagten verbrannt sein. Aus der Brandentschädigung haben sie eine Reihe von nicht fälligen Forderungen beglichen. Beide Angeklagte haben zunächst versucht, nach dem Brande eine mit 11 000 M. abschließende Schadensausstellung bei der Feuerversicherungs-Gesellschaft durchzuführen. Diese Schadensausstellung entsprach in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen und die Angeklagten haben sich mit dem von Sachverständigen festgestellten Schaden begnügt. Als verbrannt hatten sie u. a. auch eine Partie Journiere aufgeführt, die gar nicht verbrannt, sondern nach dem gemieteten Raum in der Strohmamstraße gekauft worden waren. Zur Verhandlung waren mehr als 30 Zeugen geladen, deren Vernehmung sich zum Teil erstreckte, weil die beiden ersten Angeklagten sich im großen und ganzen als schuldig bekamen. Nur Wolff bestritt, sich der Beihilfe schuldig gemacht zu haben und behauptete, daß er geglaubt habe, die Sachen, zu deren Fortschaffung er mitgeholfen, sollten nur wegen des durch den Brand entstandenen Raummangels weggeschafft werden. Dem steht gegenüber, daß Wolff sich bei einer in seiner Verhaft abgehaltenen Durchsuchung zunächst Langer genannt hat und daß ihm nach den Äußerungen der beiden Mitangeklagten kaum ein Zweifel darüber sein konnte, daß die Sachen nur zur Hinterziehung der Gläubiger und Erzielung eines möglichst günstigen Vergleichs fortgeschafft werden sollten. So wenigstens folgte die Staatsanwaltschaft, deren Ansicht aber in der Beweisaufnahme keine Bestätigung fand. Die Geschwornen sprachen den Angeklagten Wolff frei und bejahten nur bezüglich der beiden ersten Angeklagten die Schuldfrage unter Jubilation mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kamminger und Broeder je 8 Monate Gefängnis und gegen Wolff Freisprechung. Der Gerichtshof sprach Wolff frei und verurteilte die beiden ersten Angeklagten zu je 7 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft.

Wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten stand gestern der Redacteur der anarchischen Zeitschrift „Neues Leben“, Vergolder Bruno Werner vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Unter Anklage gestellt war ein Artikel unter der Ueberschrift „Unser Verleumdung“. Staatsanwalt Ellendt hielt durch derartige Ausführungen, die in der heutigen erregten Zeit sehr gefährlich seien, den § 130 des Str.-G.-B. für verletzt und beantragte 3 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schöps war dagegen der Ansicht, daß es sich hier lediglich um eine Kritik der bestehenden Zustände und um allgemeine theoretische Ausführungen handle, die nicht unter § 130 fallen. Der Gerichtshof erkannte auf 2 Monate Gefängnis.

Im Gönczi-Prozess fand heute die Revisionsverhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts statt. Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision. Die Urteilsverurteilung wurde auf Freitag vertagt. Gönczi war durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frankel vertreten.

Der Krieg.

„Daily Express“ meldet nach Drohungen aus Boerenquellen zwei britische Niederlagen, eine bei Donkerpoort zehn Meilen nördlich von Korbalspoort, wo die Briten angeblich mit beträchtlichem Verlust besieg worden sind; die andre bei Vredesfort, wo die Briten mit einem Verlust von 750 Toten und Verwundeten, sowie 150 Gefangenen zurückgeschlagen worden sind. Die Boeren erbeuteten eine große Menge Lydditbomben, die sie zerstörten. Dewet stieß nach Vereeniging vor. Die Eitenbahn ist zerstört.

Die letzte Meldung bezieht sich wahrscheinlich auf die bereits gestern gemeldete Vernichtung eines englischen Bataillons.

General Buller

meldet aus dem Hauptquartier in Natal vom 11. Juni: General Buller forcierte Almonds Keil, den letzten Pak vor Charlestown; der Feind befand sich in beträchtlicher Stärke und hatte mehrere Geschütze. Die Stellung des Feindes wurde vom zweiten Dorset-Bataillon mit gefälltem Besatz sowie von der dritten Kavallerie-Brigade eingenommen, welche auf unsrer Rechten von dem sehr schwierigen Gelände um den Kleinberg aus festig angegriffen wurde. Buller hofft, daß sein Verlust unter hundert betrage.

Aus dem östlichen Freistaat kommt folgende Nachricht: Maseru, 11. Juni. Ein Detachement berichtet, im Bezirk von Wetbiedem ständen 7000 Boeren. Bei dem letzten Gefecht beim Kooikang sei Kommandant Olivier gefallen und Kommandant De Villiers tödlich verwundet worden. Präsident Steijn habe vorige Woche die Boerenlager bei Vrethelhem besucht und sei gegenwärtig in Vrede. — Heute haben sich 1500 Boeren dem General Prabant ergeben.

Freigabe der englischen Gefangenen.

Kapstadt, 11. Juni. Marshall Roberts berichtet, daß 150 englische Offiziere und 8500 Mann, die in Pretoria gefangen waren, in Freiheit sind. 600 seien von den Boeren nach andern Plätzen gebracht worden, während sich 200 im Lazarett befinden.

Die Boeren werden die größtenteils wohl doch nicht mehr kampffähigen Gefangenen wahrscheinlich als Hindernis für die Freiheit ihrer Bewegung betrachtet und deshalb freigegeben haben.

Ueber eine Kabinettskrisis der Kapregierung

berichtet folgendes Telegramm: **Kapstadt, 11. Juni.** Das Verhalten der dem Afrikaner-Bund angehörenden Mitglieder des Parlaments, welche dem Premierminister Schreiner ihre Unterstützung entzogen haben, hat eine akute Kabinettskrisis verursacht. Schreiner, Solomon und Herbold werden wahrscheinlich demissionieren. Die Abreise des Gouverneurs Milner nach Korden ist wegen der Krisis aufgeschoben worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Amnestievorlage in der französischen Kammer.

Paris, 12. Juni. (B. Z. V.) Die Bureau der Kammer haben eine Kommission zur Beratung der Amnestievorlage eingesetzt. Rünf der gewählten Mitglieder sind Anhänger der vom Senate beschlossenen Fassung der Vorlage, die sechs übrigen wollen die Amnestie auf die vom Staatsgerichtshof Verurteilten ausdehnen.

Kabinettskrisis in Italien.

Rom, 12. Juni. (B. Z. V.) Trotz offiziöser Dementis erhalten sich die Gerüchte von dem bevorstehenden Austritt des Kabinetts. Als zukünftiger Premierminister werden Sarato und Biancheri genannt, als zukünftiger Kammerpräsident Fossis und Crisanturo.

Die ostasiatischen Wirren.

Wien, 12. Juni. (B. Z. V.) Der „Vol. Kor.“ zufolge ist bis heute nachmittag 4 Uhr an keiner Stelle die angebliche Flucht der Kaiserin-Regentin von China in die russische Gesandtschaft in Peking bestätigt.

Teutschu, 11. Juni. (Meldung des Meuterischen Bureaus.) Wie gemeldet wird, sind fremde Truppen mit der Wiederherstellung der Eisenbahn zwischen Tosa und Yangkung beschäftigt. Der fünfte Sonderzug ist heute mit Vorräten für die englischen Truppen abgegangen. Das französische Kriegsschiff „Lion“ und das englische Kriegsschiff „Dartmouth“ sind heute hier eingetroffen.

Essen, 12. Juni. (B. Z. V.) Amtlich wird gemeldet: Heute vormittag 12 Uhr 26 Minuten wurde auf der Station Mülheim-Eppinghofen von dem durchfahrenden Schnellzuge 7 ein Arbeiter überfahren und so schwer am Kopf verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Reichstag.

200. Sitzung. Dienstag, den 12. Juni 1900, 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Frhr. v. Tziellmann, Graf Salow, Graf Posadowsky, Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung des Gesetzes betr. Änderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Unterstaatssekretär Dr. Frhr. v. Richthofen:

Die Vorlage ist lediglich eine Konsequenz des neuen Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900 und ich bitte Sie dasselbe noch jetzt in zwölfster Stunde zu verabschieden.

Abg. Dr. Schrader (fr. Va.):

(auf der Tribüne schwer verständlich)

Außer einige Bedenken gegen das Gesetz, will aber unter den vorliegenden Umständen keine Kommissionsberatung beantragen.

Abg. Kirck (C.):

Hält die Bestimmungen des Gesetzes für so notwendig, daß er den Entschluß des Vorredners nur begrüßen kann.

Damit schließt die erste Lesung. In zweiter Beratung werden die ersten Paragraphen debattiert.

§ 2b bestimmt, daß den Eingebornen durch kaiserliche Verordnung bestimmte „andere Arten von Personen“ gleichgestellt werden sollen.

Der Abg. Vech-Heidelberg (natl.) beantragt zu setzen „andere Teile der Bevölkerung“.

Der Antrag wird angenommen, ebenso § 2b in dieser Fassung. Die übrigen Paragraphen werden debattiert.

Die Abgg. Gröber und Gen. beantragen folgenden Paragraphen einzufügen:

Den Angehörigen der im Deutschen Reich anerkannten Religionsgemeinschaften werden in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Duldung gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung dieser Rechte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Einrichtungen von Missionen der bezeichneten Religionsgemeinschaften unterliegen keinerlei gesetzlicher Beschränkung noch Hinderung.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.):

Meine Freunde sehen zwar kein Bedürfnis für diesen Antrag, werden aber doch für denselben stimmen.

Der Antrag Gröber (C.) wird hierauf angenommen.

Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Abg. Vech-Heidelberg (natl.) beantragt, die dritte Beratung fogleich vorzunehmen.

Präsident Graf Balkeström:

Ich will diesem Antrage nicht widersprechen, obgleich ich als Hüter der Geschäftsordnung das Bedenkliche nicht verkenne, was die wiederholte Annahme solcher eigentlich gegen die Geschäftsordnung verstoßender Anträge hat. Ich werde aber die Frage, ob niemand widerspricht, nicht nur an das Haus richten, sondern auch an die anwesenden Vertreter des Bundesrats. Auch der Bundesrat hat das Recht, zu wissen, was auf der Tagesordnung steht, denn er hat zu den Punkten Stellung zu nehmen. Deshalb halte ich das für staatsrechtlich notwendig. Ein Widerspruch gegen den Antrag Vech erhebt sich nicht, ich werde also die dritte Lesung vornehmen lassen, sobald die Zusammenstellung gedruckt vorliegt.

Hierauf wird das Gesetz betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich in dritter Lesung debattiert, nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Ebenso in der Gesamt-Abstimmung.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betr. Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten (Reichs-Seuchengesetz).

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort der

Abg. Bödel (wid. Antif.):

Es beginnen in weiten Kreisen des Volks große Bedenken gegen dies Gesetz aufzutreten. Man erkennt immer mehr, daß es sich um einen scharfen Eingriff in die persönliche Freiheit der Einzelnen und eine nicht angebrachte Ausdehnung der Befugnisse der Polizei handelt. Ich muß daher auf das allerentschiedenste gegen das Gesetz protestieren. Vor allem bedenklich ist der § 5, welcher dem Bundesrat die Befugnis einräumt, die Anzeigepflicht auf jede beliebige Krankheit auszuweiten. Die Bedenken über die Behandlung in Krankenhäusern sind ja gestern ausführlich erörtert worden. Ich will darauf nicht weiter eingehen. — Am besten sorgt man für die Bekämpfung solcher Krankheiten, wie der Cholera, durch bessere Ernährung der unteren Volksklassen und durch Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Wichtiger als ein solches Gesetz halte ich ein Gesetz zum Schutze der Menschheit gegen wissenschaftliche Experimente der Herren Ärzte. Ich glaube, es sind schon mehr Menschen umgekommen durch Einspritzung von Serum als in Deutschland an der Pest gestorben sind.

Abg. Dr. Endemann (natl.):

Auf die Ausführungen des Herrn Vorredners will ich bei der Geschäftslage des Hauses nicht weiter eingehen. Meine Freunde werden für das Gesetz stimmen. Vor allem bedauere ich den gestern gefassten Beschluß, daß über die Unterbringung in ein Krankenhaus werden dem beamteten auch der behandelnde Arzt zu entscheiden haben soll. Ich will aber einen besonderen Antrag, diesen Zusatz zu streichen, nicht stellen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Jubel (Soc.):

Ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Reichsregierung ein solches, in das gesamte Volksleben tief einschneidendes Gesetz in so kurzer Stunde eingebracht hat. Meine politischen Freunde machen die Haltung zu diesem Gesetz nicht zu einer Parteifrage, ich halte es aber für notwendig, meinen Standpunkt dem Gesetz gegenüber etwas ausführlicher darzulegen. Das Gesetz will vor allen Dingen bei Epidemien die Ansteckungsgefahr vermindern. Wenn die Krankheiten, um die es sich handelt, wirklich so gefährlich sind, dann ist es doch höchst wunderbar, daß einer ganzen Reihe von Personen, so zum Beispiel sogar dem Geistlichen, der Zutritt zu dem Kranken nach dem Gesetz gestattet wird. Was die Anzeigepflicht anlangt, so werden mit dieser Leute betraut, z. B. Hauswirte, die gar nicht in der Lage sind, zu beurteilen, wie der betreffende Fall liegt.

Ferner ist im Gesetz ausgesprochen, daß große Menschenansammlungen beim Ausbruch einer Epidemie einfach verboten werden können. Das ist ja ganz gut, aber wo bleiben denn dann die furchtbaren Prozessionen, wo bleibt der Gottesdienst? (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Bei diesen kirchlichen Veranstaltungen findet sich doch zweifellos eine große Zahl von Menschen an einem eng begrenzten Ort zusammen. Freilich das Centrum, das es ja auch durchgesetzt hat, daß dem Geistlichen der Zutritt zum Kranken gestattet werde, würde die Einbeziehung des Gottesdienstes und der Prozessionen unter dieses Gesetz niemals zugeben. In den Kreisen der Katholiken besteht ja vielfach der Glaube, daß solche Krankheiten durch Gebet geheilt werden können.

Durch das Gesetz ist der beamtete Arzt gewissermaßen bei Epidemien zum Herrn über Leben und Tod ungezahlter Menschen gemacht. Es ist zwar zugelassen worden, daß auch der behandelnde Arzt gehört werden soll, aber Sie haben nicht in das Gesetz aufgenommen, daß auch den Leuten, die durch eine richtige gute Naturheilermethode glauben, ihre Gesundheit wahren zu können, recht geschieht. Es ist also in vielen Fällen ausgeschlossen, daß der Kranke

sich von dem Arzt behandeln lassen kann, zu dem er Vertrauen hat. Was die Isolierung in Krankenhäusern anlangt, so kann diese nur die arme Bevölkerung treffen. Die besthabenden Klassen sind in der Lage, in ihren eigenen Wohnräumen die Isolierung des Kranken durchzuführen, während dies den armen Leuten, deren Wohnung nur aus Stube und Küche besteht, nicht möglich ist. Sie müssen gegen ihren Willen sich in einem Krankenhaus isolieren lassen, wenn der beamtete Arzt ihren Fall als verdächtig ansieht.

Was die allein seligmachende Allopathie anlangt, so hat ja die Choleraepidemie in Hamburg vor einigen Jahren bewiesen, wie wenig sie im Stande ist, solchen Epidemien Widerstand zu leisten. Von 16 000 Kranken sind über 8000 gestorben. Also über 50 Proz. der Kranken hat die Allopathie unter die Erde gebracht. Ich bitte Sie dringend, das Gesetz in dieser Fassung abzulehnen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Rembold (C.):

(auf der Tribüne schwer verständlich) bemerkt, daß Gesetz lasse leider noch manden Wunsch unerfüllt. Medner trägt insbesondere seine Wünsche, betreffend die Auswahl des Pflegepersonals vor.

Staatssekretär Graf Posadowsky

entgegnet, die Auffassung des Vorredners über die freie Auswahl des Pflegepersonals werde in der Regierung geteilt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Auch wir hätten gewünscht, daß der Gesetzentwurf noch in verschiedenen Punkten abgeändert werde. So hätten wir gern gesehen, daß an Stelle der bei uns gar nicht in Betracht kommenden Krankheiten andere bei uns sehr häufig auftretende Krankheiten behandelt würden. Unsere Anträge sind aber in der Kommission leider abgelehnt worden. So hat unsre Forderung, die obligatorische Zeichenschein in das Gesetz aufzunehmen, in der Kommission keine Gegenliebe gefunden. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Jubel muß ich aber betonen, daß die ganze Kommission, auch die Vertreter der Socialdemokratie, mit voller Lust und Liebe an dem Zustandekommen des Gesetzes gearbeitet hat. Der Vorwurf des Herrn Jubel entbehrt also jeder Berechtigung. Wir können und wollen aber die Verantwortung nicht auf uns nehmen, die Regierung ohne diejenigen Mittel zu belassen, die erforderlich sind, um Seuchengefahren wirksam entgegen zu treten. Darum beschränken wir uns auf die Kommissionsbeschlüsse. (Beifall links.)

Abg. Warm (Soc.):

Wie mein Fraktionsgenosse Jubel bereits erklärt hat, steht meine Fraktion dem Gesetz nicht als Partei gegenüber. Wir betrachten das Seuchengesetz nicht vom politischen, sondern vom medizinischen Standpunkt aus. Ueber medizinische Fragen sind die Ansichten natürlich verschieden, daher rührt die Trennung der Anschauungen bei uns. Ein großer Teil meiner Freunde ist meiner Anschauung, die davon ausgeht, daß der Schaden, den die Bevölkerung durch Seuchen erleiden kann, mit allen Mitteln gemindert werden möchte. Wir halten vor allem die Absonderung von Kranken und Krankheitsverdächtigen für notwendig. Diese Kranken und Krankheitsverdächtigen müssen natürlich eine Entschädigung erhalten, damit sie vor jeder Kollage bewahrt werden. Erstrecklicher Weise ist die Kommission diesem meinem Antrage entgegengekommen, wenn sie ihn auch nicht in dem Umfang angenommen hat, wie ich es wünsche. Ich verlangte Entschädigung für jeden Kranken, der ein Tagelohn bis zu 10 M. gehabt hat. Die Kommission freilich setzte die Entschädigungsgrenze anders fest. Sie bestimmte Entschädigung nur für diejenigen, die der Invalidenversicherung unterliegen. Ich will aber anerkennen, daß der erste Schritt auf diesem Wege getan ist, und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen war. — Bedenken gegen das Gesetz und seine Durchführung habe ich in der ersten Lesung reichlich geltend gemacht. Die Bedenken wurzeln darin, daß die ganze Medizinalreform rüchrig geblieben ist, daß wir zum Teil veraltete und verrotzte Zustände in der öffentlichen Gesundheitspflege haben. Daher ist es dringend notwendig, daß die Einzelstaaten weit größere Geldmittel flüssig machen, um eine wirkliche Gesundheitsüberwachung zu ermöglichen. Auch den Kommunen ist dringend ans Herz zu legen, viel mehr als bisher zu thun. Wir haben ja gestern die berechtigten Klagen gehört über die Zustände in den einzelnen Krankenhäusern. Alle diese Klagen wurzeln in dem System, das zu wenig Geld für die öffentliche Gesundheitspflege zur Verfügung stellt. Wir haben also unsre Bedenken, aber wir legen auch ein, daß diese Bedenken in der kurzen Zeit, in der das Gesetz zu Stande gebracht werden mußte, nicht beseitigt werden konnten. — Ich betone auch, daß dieses Gesetz die Befugnisse der Polizeibehörden im Deutschen Reich keineswegs erweitert, sondern daß vielmehr in einer Reihe von Fällen an Stelle der Polizei jetzt der Arzt tritt, der naturgemäß größere Gewähr für die sichere Durchführung der Vorschriften bieten kann, als das Gütindeln gewisser Polizeiorgane. Ich betone weiter, daß die weitaus meisten Bestimmungen in diesem Gesetz keine Novas in der Gesetzgebung sind, daß wir vielmehr in einzelnen Bundesstaaten weitergehende Bestimmungen über Anzeigepflicht usw. haben. Gerade die Anzeigepflicht hätte ich gern noch weiter ausgedehnt gesehen, weil dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit viel mehr als bisher auf dieses Gesetz resp. auf eine drohende Seuche gelenkt werden würde. Es ist grundverfehlt zu erklären, die Anzeigepflicht müsse zu Verlästigungen führen. Ebenso falsch ist es, daß durch das Recht der Behörden, die Bade-Anstalten zu schließen, dem Publikum bei Epidemien die Möglichkeit genommen werde, sich gegen Ansteckungen zu schützen. Das Gegenteil ist richtig. Die Schließung der Bade-Anstalten soll ja dann gerade im Interesse der Gesundheit des Publikums erfolgen. Wir setzen natürlich voraus, daß die Behörden sich von rein wissenschaftlichen und hygienischen Gesichtspunkten leiten läßt, wenn sie die Schließung einer Badeanstalt bestimmt. Erstlich ist schließlich, daß jetzt außer dem beamteten auch der behandelnde Arzt etwas zu sagen hat. Der behandelnde Arzt ist ja immer der wissenschaftliche, weil er lange mit dem Patienten zusammen gewesen ist. Obwohl nur das Gesetz eine große Beschränkung der persönlichen Freiheit des Einzelnen mit sich bringt, werden die meisten meiner politischen Freunde ihm zustimmen. Wir hoffen aber, daß die Medizinalreform recht bald weiter geführt werde. Das wird uns dann auch Fortschritte in der sozialen Lage der unteren Klassen bringen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Specialdiskussion werden die §§ 1—13 debattiert. Bei § 14, der die Absonderung kranker und ansteckungsverdächtiger Personen behandelt, bemerkt

Abg. Vandert (Soc.):

Ich weise darauf hin, daß seit der ersten Lesung dieses Gesetzes eine große Anzahl von Petitionen eingegangen sind, die die Erwartung aussprechen, daß dieser Gesetzentwurf abgelehnt werde. Diese Haltung gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf wird hauptsächlich damit motiviert, daß durch § 14, wie er durch die Beschlüsse der Kommission gestaltet ist, weiten Kreisen des Volks eine Beschränkung auferlegt wird.

Ich persönlich stehe mit einem Teil meiner Freunde auf dem Standpunkt, daß die Naturheilkunde nicht zu verachten und zu bekämpfen ist, und daß es besser gewesen wäre, wenn den Hunderttausenden ihrer Anhänger in dem Gesetz Rechnung getragen wäre. Trotz der Vorregeln, die das Gesetz vorschreibt, können Seuchen eingeschleppt werden. Es ist bewiesen, daß durch Bazillen ein Ansteckungsbleim übertragen werden kann. Um aber nicht als Mischaudige dazustehen, wenn einmal eine derartige Gefahr eintritt, werden wir trotz aller Bedenken für das Gesetz stimmen. Wir erwarten aber, daß auf diesen ersten Schritt auf dem Gebiet der Krankheits- und Seuchendämpfung

bald weitere und zwar in einem etwas schnelleren Tempo folgen werden und daß bei diesen Vorlagen den Anhängern der Naturheilermethode mehr als bisher Rechnung getragen wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Paragraph wird angenommen; ebenso der Rest des Gesetzes, sowie Verteilung und Ueberschrift. In der Gesamt-Abstimmung wird hierauf das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Antrags Müller-Fulda wegen Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes.

In der Specialdiskussion werden die Nr. 1a und 1b debattiert. Artikel 1c ist in zweiter Lesung unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen worden und bestimmt für Anteilseiner gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Ruhr, Auzschie) eine Stempelabgabe von 1,50 für jede Urkunde. Außerdem sollen 2 Proz. erhoben werden für alle nach dem 1. Juli 1900 auf Werte der angegebenen Art ausgegebenen Einzahlungen, soweit solche nicht zur Deckung von Betriebsverlusten dienen.

Die Abgg. Hilde (natl.), Müller-Fulda (C.), Graf Oriola (natl.), Dr. Paasche (natl.) beantragen, hinter „dienen“ hinzuzufügen: „oder zur Erhaltung des Betriebs in seinem bisherigen Umfang bestimmt sind und verwendet werden“; Sie beantragen zugleich, den Steuerfuß von 2 Proz. auf 1 Proz. herabzusetzen.

Abg. Vech-Heidelberg (natl.) begründet diesen Antrag. Die Wünsche der Bergwerksbesitzer gingen natürlich noch weiter. Soweit aber, wie der Kompromißantrag es wollte, könne man ihnen entgegenkommen. Nachdem sich noch die Abgg. Graf Oriola (natl.), Müller-Fulda und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) für die Anträge ausgesprochen haben, werden dieselben gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. Ebenso Tarifnummer 1c in der so veränderten Fassung. Hiergegen stimmt auch die freisinnige Volkspartei. Der Rest des Tarifs und die ersten acht Artikel des Stempelgesetzes werden debattiert angenommen. Artikel 9 bestimmt:

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetz betr. die deutsche Flotte am 1. Juli 1900 in Kraft.

Abg. Wasing (natl.) beantragt, die Worte „noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden“ als überflüssig zu streichen. Der Antrag wird angenommen, Artikel 9 in dieser Fassung genehmigt.

Die Gesamt-Abstimmung über das Gesetz ist auf Antrag Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) eine namentliche und ergibt die Annahme des Gesetzes mit 208 gegen 87 Stimmen. Hierauf wird zunächst das Gesetz betreffend Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete in dritter Lesung auf Antrag Vech-Heidelberg (natl.) en bloc gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. Ebenso in der Gesamt-Abstimmung.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes Wasseermann betreffend Abänderung des Zolltarifs.

Das Gesetz wird ohne Debatte angenommen, auch in der Gesamt-Abstimmung gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen.

Es folgt die dritte Beratung der Flottenvorlage. In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort der

Abg. Freiherr v. Stumm (Rp.):

Ich muß auf eine Aeußerung des Abg. Bödel in der zweiten Lesung zurückkommen. Er hat behauptet, daß die Dillinger Werke und Krupp bei der Fabrikation von Panzerplatten die Hälfte des Verdienstes als Gewinn einbringen. Ich konstatiere dem gegenüber, daß in meinem Schreiben an die Budgetkommission, von dem die Rede war, eine Berechnung über den Reingewinn überhaupt gar nicht aufgestellt worden ist. Das war auch nicht möglich, weil dieser von einer Reihe von Faktoren abhängt, die von vornherein nicht zu berechnen sind. Ich habe das Schreiben nur an den Vorliegenden der Budgetkommission gerichtet, um darauf hinzuweisen, daß der Geschäftsgewinn der Krupp'schen und Dillinger Werke aus den Panzerplatten nicht 176 Millionen betragen könne, da die ganzen Kosten der Panzerplatten nur 113 Millionen betragen. In der Budgetkommission, sagt nun Herr Bödel, sei konstatiert worden, daß die Aufwendungen nicht 113, sondern 260 Millionen ausmachen. Hierbei sind aber offenbar die Schiffbleche mit einbezogen, die doch mit der ganzen Plattenlieferung nichts zu thun haben. Diese Bleche werden von einer ganzen Anzahl Firmen hergestellt. Jedenfalls mögen Sie rechnen wie Sie wollen, Sie schaffen die Thatsache nicht aus der Welt, daß keine Marine der Welt billiger Platten bezieht als die deutsche, daß die ausländischen Staaten ihre Platten von derselben Qualität wie die deutschen wesentlich teurer bezahlen und zweitens die Thatsache, daß es ganz erheblicher Anregungen der Marineverwaltung bedurft hat, ehe die Dillinger Werke und Krupp überhaupt geneigt waren, eine so schwierige Fabrikation wie die der Panzerplatten auf sich zu nehmen.

Abg. Dr. Certeel-Sachsen (L.):

In der Presse ist davon die Rede gewesen, daß wir Agrarier für die Flotte eintreten und infolge der Erklärung des Bundesrats, für die Interessen der Landwirtschaft künftig energisch eintreten zu wollen, und zweitens infolge der Regelung der Dedungsfrage. Das ist irrig. Fast alle meine politischen Freunde waren entschlossen, für die Flottenvermehrung einzutreten, ehe diese Erklärungen erfolgten und die Dedungsfrage geregelt wurde. Wir betrachten die Flottenvorlage lediglich vom nationalen Standpunkt. Nur nationale Gründe haben uns bestimmt, die schweren Opfer zu tragen, die thatsächlich trotz der Regelung der Dedungsfrage dem deutschen Volk und speziell der deutschen Landwirtschaft zugemutet werden. In einer Hurratsung gegenüber der Flottenvorlage haben sich meine Freunde niemals befunden; ist doch durch die Flottenvorlage einer Vermehrung der Flotten zu erwarten infolge der erhöhten Anforderungen an die Industrie. Auch die Förderung der Ausfuhrindustrie kann nur auf Kosten der Landwirtschaft erfolgen. Auf die Erklärung des Bundesrats konnten wir uns so weniger etwas geben, als sie etwas rein Selbstverständliches verspricht, denn für die Landwirtschaft sorgen heißt ja nur, den eignen Bestand und die Zukunft des deutschen Vaterlands sichern wollen. (Sehr richtig! rechts.) Außerdem sind wir ja in den letzten Tagen belehrt worden, daß unzuverlässige Erklärungen vom Regierungstisch mutatis mutandis aufgefahrt werden müssen.

Etwas anders liegt die Sache mit der Regelung der Dedungsfrage. Ueber diese haben wir uns in der That getrennt. Daß die Leute, welche durch die Jollerhöhung auf Wisener Bier, Tamaito-Rum usw. getroffen werden, die Kosten tragen können, ist ganz zweifellos. Ebenso, wie man jetzt von dem Rum des armen Mannes spricht, hätte man auch, wenn man den Kaviar besteuert hätte, von den Kaviarbröckchen des Volks gesprochen. (Lachen links.) Auch gegen die Besteuerung der Börse haben wir natürlich nichts. Wenn ich auch die Börse nicht im allgemeinen als Sumpfpflanze hinstellen will, so hat doch diese Pflanze einzelne Zweige, deren Beschneidung ganz angebracht wäre. Wir stimmen für die Flotte, weil die jetzige Weltlage eine Verstärkung unserer Wehrkraft zur See dringend erfordert. Wir wollen keinen Krieg, aber Deutschland darf sich nicht von seiner Weltmachtstellung nehmen lassen und auch nicht beiseite stehen, wenn vielleicht binnen kurzem ein Teil der noch nicht aufgetheilten Welt zur letzten Aufteilung kommt. Angesichts der Vorgänge im fernem Osten, die jetzt den politischen Horizont selbst am heraufzudämmern, ist es möglich, daß die nächste Entscheidung auf dem Wasser fällt. Wir scheuen uns durchaus nicht davor, in die Weltpolitik hineinzusteuern, die Wurzeln einer ersprießlichen Welt-politik liegen aber in einer gesunden Heimatspolitik. In den nächsten Jahren werden wir die Grundlagen für diese Heimatspolitik schaffen

müssen. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Reichstags dann ebenso geschlossen und fest für diese Politik eintreten wird, wie jetzt für die Flotte. (Bravo regis.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Auf die beiden Vorredner möchte ich das Sprichwort anwenden: qui s'excuse s'accuse. Wir haben von Herrn v. Stumm gehört, daß er keinen Profit von dieser Flottenvorlage hat. Er wird aber doch nicht leugnen, daß ihm die Vorlage außerordentliche finanzielle Vorteile bringt. Das will ich auch gar nicht tadeln. Aber er wird doch andererseits nicht leugnen können, daß er wie die anderen, die die Führung in dieser Flottenbegeisterung gehabt haben, seine Schultern nicht für tragfähig genug gehalten hat, um für die Dedung zu sorgen. Herr von Stumm wie Herr Krupp werden zu den 6000 Millionen, welche wir zu bezahlen haben, außerordentlich wenig beitragen.

Was den Herrn Agrarier dort betrifft, so hat er ja selbst gesagt, daß auf seinen der Agrarier die Begeisterung im wesentlichen darauf beruht, daß für die Landwirtschaft, das heißt für die Herren Agrarier da draußen, für die großen, die kapitalistischen Landwirte etwas abfällt von dieser Flottenvorlage.

Nach den Ausführungen der Flottenschwärmer möchte heute, wo die Weltpolitik inauguriert wird, ein welthistorisches Moment sein. Der Reichstag ist aber doch heute so nüchtern, wie ich ihn kaum jemals gesehen habe. (Große Heiterkeit.) Den Kollegen hat der Ausdruck „nüchtern“ nicht gefallen, da will ich sagen: laienmäßig, das verstehen Sie vielleicht besser. Die Zeitungen — keine Begeisterung. In der Debatte über die Dedungsfrage ist immer und immer wieder gesagt worden: Es wird uns schwer, wir befinden uns in einer Zwangslage usw. Ist das die nationale Zug, von dem man in Leistungen uns vorführt? Die Flottenbegeisterung, von der immer die Rede ist, ist ja auch nur ein Flottenschwindel gewesen. Vor dem Oktober des vorigen Jahres hat niemand irgend eine Flottenbegeisterung zur Schau getragen, und die Begeisterung ist nicht von unten heraufgekommen, sondern sie ist von oben gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer hat denn diese Flottenpolitik gemacht? Wir haben vor zwei Jahren eine Flottenvorlage gehabt. Sie ist angenommen worden. Es ist uns das Wort gegeben, daß sie ein endgültiger Plan sein werde. Es war ja kein Ehrenwort, aber wir Deutschen sind doch das Volk der Treue. Im Abgeordnetenhaus ist einmal von dem Kaiserzeichen an der Stirn eines Ministers wegen Verfassungsbruch die Rede gewesen. Auch hier könnte man von dem Kaiserzeichen sprechen, wenn es sich auch nicht um einen Verfassungsbruch, sondern um einen Wortbruch handelt. Freilich man sagt, die Verhältnisse haben sich geändert. Aber mit solchen Gründen ist bisher jeder elende Wortbruch entschuldigt worden. (Unruhe rechts. Auf: Zur Ordnung!) **Elender Wortbruch!** Die Begeisterung ist nicht im Volk gewesen, sondern sie ist von oben gemacht worden. Man sage daher nicht, daß es sich um eine nationale Bewegung handle. Was wird die Flottenvorlage uns nützen? Die Alldeutschen glauben, wir werden das böse England vernichten können. England werden wir zur See niemals überwinden. Graf Arnim oder Graf Stolberg meinte, mein Freund Bebel habe unrecht, wenn er sagte, die Engländer würden für jedes Schiff, das wir bauen, 2, 3, 4 bauen. Der Herr Graf soll einmal nach England gehen, dem Lande mit den vielen Häfen. Da wird er sehen, welche Hilfsquellen England in Bezug auf den Schiffbau hat, er wird sehen, daß mein Freund Bebel mit seinen Angaben die Wahrheit noch nicht einmal erreicht hat. Welche Nation bedroht uns denn? England ist noch nicht im Stande, in Konflikt mit uns zu kommen. Man konstruierte einen Konflikt zwischen England und Deutschland, als der deutsche Postdampfer mit Verschlag belegt wurde. Der Herr Sekretär des Auswärtigen hat aber erklären müssen, daß nach dem Buchstaben — und ich füge hinzu: nach dem Geist — des Vertrags die Engländer vollkommen im Recht gewesen sind. Man sagt, es ist ein unwürdiges Verhältnis für Deutschland, daß England uns gegenüber eine so kolossale Uebermacht zur See hat. England ist aber doch ein Inselland, das ohne Flotte nicht existieren kann. Wir dagegen haben eine kleine Äpfel, dafür aber die größte stehende Armee der Welt. Wie können wir zu gleicher Zeit die größte Seemacht sein? Man hegt gegen England. **England hat allerdings ein großes internationales Verbrechen begangen.** Der Krieg gegen die Boeren ist ein feiger, ein infamer Krieg, in den England durch seinen kapitalistischen Hunger nach Gold, Diamanten &c. gezwungen worden ist. Aber England ist ein feieres Land. Die öffentliche Meinung wird wieder auf den richtigen Weg kommen, und mit der Regierung Abrechnung halten. (Lachen rechts.) Warten Sie es nur ab!

Es wurde auch von der Aufteilung von China gesprochen. Es ist merkwürdig, wie diese Herren, die früher vor der Sozialdemokratie grante, weil diese angeblich teilen wollte, jetzt schon den ganzen Erdball verteilen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) China ist nicht so leicht zu teilen (Heiterkeit), und außerdem haben wir in China eine feste Stellung. Durch unsere Handelsinteressen, nicht durch die paar Schiffe, die dort sind, und wir haben das gemeinsame Interesse mit den Kulturstaaten dort, nicht Ausland, in dessen Schlepptau wir jetzt laufen, sondern gerade mit England, gerade mit den Vereinigten Staaten, die eine Teilung von China nicht wollen, sondern bloß die Politik der offenen Thür.

Da sagt man, die Engländer hassen Deutschland ganz besonders. Ich kenne England ziemlich so genau, wie Deutschland, doch habe ich noch niemals einen Engländer getroffen, der eine nationale Abneigung gegen Deutschland gehabt hätte. (Widerpruch und Lachen rechts.) Ueber uns wundern sich die Engländer allerdings: darüber, daß das so gestiftete deutsche Volk, das Volk, das das allgemeine Wahlrecht hat, zu gleicher Zeit unter einem persönlichen Regiment stehen kann, das fast persöhnlicher denn das türkische und russische Regiment ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Gelächter rechts.) Solche Dinge begreift man in England nicht.

Da jetzt gerade auf allen Seiten für die südafrikanischen Vorkriegsstaaten geschwärmt wird, so darf ich Sie wohl an das Telegramm erinnern, das vor 2½ Jahren den Boeren die Sympathie Deutschlands ansprach und das von dem persönlichen Regimente erlassen wurde. Damals stand das ganze deutsche Volk auf der Seite des Telegrammschreibers, unsere Sympathien gingen alle nach jener Richtung. In der Zeit der Telegrammschreiber von damals hat seitdem andre Telegramme geschrieben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun sollten jene loyalen Herren, die auf jeden Wind von oben achten, auf einmal für England schwärmen und sich gegen die Boeren erklären. Damals wurde uns jenes Telegramm verabreicht, weil es als keineswegs persönliche Kundgebung galt; jetzt aber darf man in England ja nicht annehmen, daß in den Telegrammen der allerhöchsten Person die Meinung des deutschen Volkes vertreten wird, das vielmehr mit seinen Sympathien einmütig auf Seite der Boeren steht. Die Telegramme sprechen genau das Gegenteil von dem aus, was das deutsche Volk will. Derartige traurige Zustände sehen uns wahrlich nicht in Achtung vor dem Ausland. (Sehr richtig! links.)

Wenden Sie ja nicht etwa, daß England unsere Schiffe fürchtet. Ich will, den Jüngern in England konnte nichts Willkommeneres passieren, als jene Oloberrede. Jetzt hatten sie das Heft in der Hand, jetzt konnten sie darauf hinweisen, daß man sich nicht die Streikart von Deutschland entgegen lassen dürfe. Ueber das bisherige Flotte, das wir bauen, läßt man in England — aber man läßt nicht über Deutschland, das vielmehr hochgeachtet ist — geachtet nicht wegen seiner Schiffe, sondern geachtet wegen seiner Industrie, seiner Arbeit, seines Handels. Das ist es, was Deutschland groß gemacht, was seine Konkurrenz in England gefährdet gemacht hat.

Da komme ich zu dem ausschlaggebenden Punkt. Es heißt, wir müssen die Flotte haben, damit unser Handel sich ausbreitet. Wir haben unsern Handel bekommen ohne die Flotte, wir haben uns 15 Jahre gebraucht, um — ohne Flotte — Frankreich mit seiner Meeresflotte und seiner Riesenflotte in Bezug auf den auswärtigen Export zu überholen. Frankreich gibt auch gerade den besten Beweis dafür, daß der Handel nicht durch eine Flotte und durch derartige seemilitärische Anstöße gefördert wird.

Es ist bei dieser Gelegenheit wichtig, nicht auf die höchste Stelle zu kommen, wie anderwärts es gewöhnlich ist, von dieser zu sprechen. Graf Posadowsky hat sich einmal als Kugelfang für die höchste Stelle bezeichnet. Ich wollte bloß, er finge nicht bloß das, was nach jener Stelle fliegt, sondern auch das, was von jener Stelle kommt, auf und sortiere dafür, daß das in den Papierkorb wandert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann wäre jener Kugelfang ein richtiger Kugelfang. (Lachen des Präsidenten.)

Präsident Graf Balleskrem:

Ich muß den Herrn Redner doch unterbrechen. Er hat nicht das Recht, sich mit der allerhöchsten Person des Kaisers zu beschäftigen. Ich kann mir gestatten, daß, wenn Se. Majestät der Kaiser öffentliche Kundgebungen erläßt, die in gebührender Form publiziert worden sind, darauf Bezug genommen wird. Wovon der Herr Vorredner gesprochen hat, das sind alles Sachen, die mit solchen Kundgebungen nichts zu thun haben.

Abg. Liebknecht (fortfahrend):

Ich wollte nur erwähnen, daß die Rede vom Oktober jedenfalls auch eine authentische Rede gewesen ist und, so viel ich weiß, auch im „Reichsanzeiger“ gestanden hat. Gerade daß über jene Stelle, von der fortwährend Politik getrieben wird, hier im Reichstag nicht geredet werden darf, sollte allen Patrioten hier im Reichstag die Schamröte ins Gesicht treiben. Es ist unerhört, daß eine Volksvertretung, hervorgegangen aus dem allgemeinen Wahlrecht, nicht sprechen darf über das, was alle Spanen in der ganzen Welt von den Dächern pfeifen. (Sehr richtig! links.) Man hat uns vorgeworfen, daß in Frankreich die Sozialisten andre Pfunde versprochen als wir. Wollte man aber allerdings zu einer früheren Zeit — das wurde auch in den deutschen Zeitungen erwähnt — für das Militär- und Flottenbudget gestimmt. Da war er noch bürgerlicher Demokrat. Die wirkliche Sozialistenpartei hat in Frankreich, seit sie besteht, gegen das Marine- und das Kriegsbudget gestimmt und hat die Militär gefordert. Das Militärminister geworden ist, haben die organisierten sozialistischen Parteien in Frankreich gemißbilligt. Gerade diejenigen, die wir als Hauptvertreter des französischen Sozialismus zu betrachten gewohnt gewesen sind, haben uns scharfste dagegen protestiert. Auch das Gros der deutschen Partei wird es niemals gut heißen, daß ein Sozialist in ein bürgerliches, kapitalistisches Ministerium eintritt. (Lebhaftes sehr richtig! rechts. Große Heiterkeit.) Auch der Streit mit Deutschland hat die Einigkeit der deutschen Partei nicht gestört.

Man sagt, die Arbeiter werden unzufrieden sein, daß wir ihnen das Brot, das 30 000 Arbeitern gewährt werden soll, entziehen, um dem wir gegen die Flotte stimmen. Halten Sie die deutschen Arbeiter für so leichtgläubig, so kapitalistisch angefaßt, daß sie nur des Geldes wegen etwas thun wie andre Leute? Das wäre eine Verleumdung für die deutschen Arbeiter. Als während des Sclavenkriegs die Blockade über England verhängt wurde und der englische Kapitalismus die Arbeiter mit Gewalt gegen Amerika hegen wollte, da haben die in Folge des Kriegs und der Baumstoffperre verhungerten Arbeiter erklärt: Unter keinen Umständen! Die Arbeiter leiden, wenn diese Flottenvorlage verworfen wird, wahrlich nicht. Es giebt ja tausend Mittel und Wege, um das Geld in produktiver Weise für kulturelle Schöpfungen und die Arbeiter zu verwenden. Gestern wurden uns die Zustände geschildert, die hier in einem Hospital bestehen. Da heißt es: Wir haben kein Geld. Aber 5000 Millionen werfen wir ins Wasser für die Flotte, aber dem Elend vor unsern Thüren helfen wir nicht ab. Zur Bekämpfung der Tuberkulose haben wir gleichfalls kein Geld. Als in der Kommissionsberatung des Seuchengesetzes gesagt wurde: wir brauchen unter allen Umständen eine Leichenschau! da sagten Vertreter von Preußen: uns fehlen die Mittel. Und da läßt man in die Welt hinaus und will nach außen hin sich als Großmacht hinstellen. Als Bebel neulich von einer Schule in Ostpreußen sprach, wo keine Sozialisten vorhanden sind, antwortete man, das ist ein Fall. Es handelte sich nicht um vereinzelte Fälle, sondern die Mehrzahl aller Kinder in Preußen hat keine genügenden Schulverhältnisse. (Widerpruch.) Jeder Pädagoge wird Ihnen sagen, daß das Schulwesen in Preußen zurückgegangen ist, seit dieser so prononzierte Militarstaat auch jetzt noch Flottenstaat geworden ist.

Jetzt soll unsere Flotte in Ästen helfen, die Ordnung herzustellen; wir hören von der Vorkriegsbewegung. Ja, ich lese in der Zeitung seit einigen Tagen, daß in dem wohlgeordneten Königreich Preußen, in Königsberg, ein förmlicher Bürgerkrieg ausgebrochen ist und das Ständerecht proklamiert ist. Ich bin ziemlich nahe vom Rhein, wo man im neunten und elften Jahrhundert gefogt hat, das Judentum habe arische Kinder geübt, zu zimalen Zwecken. Und das sagt man heute im letzten Jahre des 19. Jahrhunderts in dem Preußen, welches die Kultur zu fremen Nationen bringen will. Was der Schande, daß derartige Dinge möglich sind! Und da giebt es noch Berliner Zeitungen, z. B. die „Kreuzzeitung“, die offen gesagt haben: Wir glauben nicht an den Ritualmord, aber hinzusetzen: Man sollte doch die Sache aufklären. Sie läßt also die Sache außerordentlich dunkel. Möglich wäre die Geschichte, und andre Blätter hier hegen und hegen gegen die Juden. Das betrachten sie natürlich nicht als Bürgerkrieg, wenn man die Juden totschlägt. Ist denn etwa diese Konjunktur, sind diese Schandthaten nicht etwa schlimmer, als was in China passiert? (Sehr gut! links.)

Statt diese 5000 Millionen ins Wasser zu werfen, geben Sie sie aus für die Aufklärung des Volks. Dann ist das Geld gut angewendet.

Ich sprech vorhin schon von der Remesse, die England ereilen wird. Ich bin sicher, daß die Strafe auch diejenigen ereilen wird, welche diesen Raubzug gegen das deutsche Volk, genannt Flottenvorlage, auf dem Gewissen haben. (Große Unruhe.)

Präsident Graf Balleskrem:

Wegen des Ausdrucks „Raubzug gegen das deutsche Volk“, angewandt auf eine Vorlage der verbündeten Regierungen, rufe ich den Herrn Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Liebknecht (fortfahrend):

Man kann die Wahrheit nicht sagen, ohne zur Ordnung gerufen zu werden.

Präsident Graf Balleskrem:

Wegen dieser Verhärterung rufe ich den Herrn Redner zum zweitenmal zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Liebknecht (fortfahrend):

Meine politischen Freunde werden also gegen die Flotte stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Balleskrem: Bei Beginn der Rede des Herrn Abgeordneten war ich dienstlich in Anspruch genommen und konnte daher nicht genau zuhören. Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Herr Redner unangemessene Ausdrücke gebraucht hat. Aus dem senograpischen Bericht geht hervor, daß der Herr Redner mit unverständbarem Hinweis auf Mitglieder des Bundesrats von Kaiserzeichen des Wortbruchs und elendem Wortbruch gesprochen hat. Wegen dieser Ausdrücke Mitglieder des Bundesrats gegenüber rufe ich ihn nochmals zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Müller-Sulda (C.):

auf der Tribüne schwer verständlich — stellt gegenüber dem Abg. Herr v. Stumm fest, daß die Berechnungen in der Budgetkommission über die Kosten der Panzerplatten auf amtlichem Material beruhen und durchaus richtig seien.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Mein Freund v. Stumm hat nur gegen die Behauptung des Abg. Bebel protestiert, er habe selber zugegeben, daß er an den Panzerplatten die Hälfte verdiene. Herr Bebel hat an Reich und Württemberg appelliert. Deutschland kann aber geradezu stolz sein auf seine Panzerplattenindustrie. Bebel hat sehr übertrieben. Gerade die Werte, die er angreift, sind, was die Behandlung und Bezahlung der Arbeiter anbetrifft, geradezu mifergergütig.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

In der Resolution, die den Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, das im Interesse der Landwirtschaft und zum Zwecke deren Verbesserung mit den nötigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremdlandischer Arbeiter geöffnet werden, habe ich folgendes zu erklären: Die Ausübung der Fremdenpolizei ist Sache der Einzelstaaten. Das Reich hätte erst dann Anlaß, einzuschreiten, wenn diese Ausübung in bedenklicher Form erfolgte. Die Frage, ob der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen das Recht der Einwirkung auf die Einzelstaaten haben, daß diese ihre Fremdenpolizei in der Richtung ausüben, daß sie Ausländer unter bestimmten Bedingungen einlassen, ist mit Nein zu beantworten. Eine solche Befugnis existiert nicht. Als Mitglied des preussischen Staatsministeriums kann ich aber erklären, daß wir die außerordentliche landwirtschaftliche Not, die durch den Untermangel in den östlichen Provinzen entstanden ist, vollkommen anerkennen. Die Not besteht noch mehr darin, daß die Leute mager sind, als in den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte. (Sehr richtig! rechts.) Die preussische Regierung ist eifrig bestrebt, in der Heranzuführung fremder Arbeiter so weit zu gehen, als die politischen und andre Interessen Deutschlands und Preußens es nur irgendwie erlauben. Es kommen aber hier sehr schwerwiegende politische Gesichtspunkte in Betracht. Eine absolut offene Grenze für Ausländer kann es unter keinen Umständen geben. Das preussische Staatsministerium ist sich aber in den letzten Tagen schließig darüber geworden, weitere Erleichterungen eintreten zu lassen. Ausweisungen ausländischer Arbeiter sollen nicht eintreten, wenn nicht dringende Gründe vorliegen. Jedenfalls schenken wir der Angelegenheit unsere ernsteste Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Das große Ziel ist erreicht. Meinungsverschiedenheiten sind zurückgedrängt worden, um die Flottenvermehrung durchzuführen. Gerade die deutschen Arbeiter sind an diesem Geleise auf das lebhafteste interessiert. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) In der Frage der Ausweisung ausländischer Arbeiter müssen die nationalen Rücksichten nicht vergessen werden. Es ist ein großer Irrtum, wenn Liebknecht meint, wir wollten die Flotte schaffen gegen England. Wir schaffen die Flotte niemand zu Liebe und niemand zu Leide, nur im Interesse der Wachststellung Deutschlands. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Wenn Liebknecht meint, England besitze die Konkurrenz Deutschlands, so möchte er eigentlich zugeben, daß es das beste ist, wenn Deutschland gegen gewaltsame Eingriffe in seine Wirtschaftssphäre sich sichert. Ganz falsch ist die weitere Behauptung Liebknechts, daß die Flottenvermehrung von oben gemacht worden sei. Beim Wahlsiege meines Freundes Blode haben sozialdemokratische Blätter selbst zugegeben, daß hierzu die Stimmung im Volks für die Flotte mit beigetragen habe. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Das heutige Wort des Reichstags ist von hoher Bedeutung. Es heißt, daß die deutsche Volksvertretung in ihrer großen Mehrheit der Ueberzeugung ist: Deutschland kann sich nicht mehr mit einer kontinental-europäischen Politik begnügen, es muß, da nach der Entwicklung seiner Exportindustrie und seines Handels seine Interessen in der ganzen Welt liegen, sozusagen Weltpolitik treiben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Szmulz (C.):

Trotz der patriotischen Erklärung des Abg. Dr. Dertel, glaube ich nicht, daß alle seine politischen Freunde für die Flotte stimmen werden. Auch ich bin leider nicht in der Lage, der Flottenvermehrung bedingungslos zuzustimmen. Die heutige Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky hat mich nicht befriedigt. Die Resolution über die Zulassung ausländischer Arbeiter ist in der Kommission zwar einstimmig angenommen worden, hier aber hat sie nur eine schwache Mehrheit gefunden. Brechen sollte die politischen Arbeiter nicht einlassen. Die Polen sind so zufriedene und fleißige Arbeiter, daß sie den deutschen Arbeitern zum Muster dienen können. Sie haben gar keine unfruchtbareren Landereien.

Abg. Bebel (Soz.):

Herr v. Kardorff hat mir persönlich Reid und Mißgunst vorgeworfen. Nun, ich kann sagen, ihn beneide ich nicht und Herrn Stumm auch nicht. Wenn er so wenig Reizung zum Reid empfindet, wie ich, so kann er sich gratulieren. Es ist auch nicht richtig, daß die Angelegenheit mit den Rivalenstaaten durch uns oder durch den „Vorwärts“ in die Debatte gezogen worden ist. Wenn ich nicht irre, stand die erste Mitteilung in der „Germania“ oder der „Allgemeinen Volkszeitung“. Von dort fand sie ihren Weg durch die Presse, und der „Hamdorsche Kurier“ schrieb, es sei allerdings höchst notwendig, daß die Angaben auf ihren wahren Wert untersucht würden, weil sie geeignet seien, die Flottenvorlage unpopulär zu machen. Das veranlaßte denn auch die Budgetkommission, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Herr v. Kardorff las einen Brief des Freiherrn v. Stumm vor, worin er Ueberreibungen in den Angaben zurückzuweisen suchte und über die Frage, ob er 50 Proz. an den Rivalenstaaten verdiene, in einer Weise sich ausließ, daß in der Budgetkommission die Wahrheit dieser Behauptungen allgemein angenommen wurde. Diese Annahme liegt auch den Berechnungen der Budgetkommission zu Grunde, auf die ich mich wieder in meiner heutigen Rede gestützt habe. Meine Berechnung war sehr bescheiden. Ich habe auf die 200 Millionen, die die Flotte kostet, 40 Millionen für altes Material abgesetzt und mir einen Reingewinn von 110 Millionen angegeben. Auch von der Regierung ist dieser Angabe nicht widersprochen worden. Herr v. Kardorff hat ein Loblied auf die deutschen Werte gesungen. Ich habe in der Kommission selber anerkannt, daß Deutschland den Ruf besitzt, die bedeutendsten Fortschrittsmaschinen für Menschen herzustellen. Gegen die deutsche Marktwirtschaft wird mit Recht der Vorwurf erhoben, daß sie an den Monopolsystemen insofern die Schuld trägt, als sie die Konkurrenz auf diesem Gebiet nicht ermutigt. Krupp genießt bestimmte Vergünstigungen für den Schießplatz. Wenn der Konkurrenz in ähnlicher Weise entgegengekommen wäre, so würden auch Konkurrenzunternehmen gegen Krupp entstehen. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß der Prozentsatz deutscher Arbeiter, der am Flottenbau beteiligt ist, sehr minimal ist. Es kommen höchstens 50 bis 60 Tausend Arbeiter in Frage, und ebenso oft habe ich darauf hingewiesen, daß Staat und Gemeinde hundertfach so viel Arbeitsgelegenheit im Interesse des Gemeinwohls den Arbeitern gewähren können. Denken Sie an das Seuchengesetz. Wenn nur genügend Hospitäler mit Einrichtungen, wie sie sein müssen, hergestellt würden, um die skandalösen Zustände zu beseitigen, die mein Freund Entrich gestern mitgeteilt hat, so können mehr Arbeiter beschäftigt werden, als beim Flottenbau gesehen kann. Herr Dr. Sattler hat wieder behauptet, daß Ausfuhr und Handel größeren Vorteil von der Flotte hätten. Wenn Sie in dieser Richtung die Flotte vermehren, dann sollten Sie auch durch ihre handelspolitischen Maßnahmen beweisen, daß Sie von diesem Geist erfüllt sind. Das gerade Gegenteil aber ist der Fall. Auf der einen Seite wollen Sie die Ausdehnung des deutschen Handels fördern, auf der andern Seite aber wollen Sie eine Vertenerung der notwendigen Lebensmittel eintreten lassen und den Handel durch Ihre Jolkspolitik einschränken. (Sehr richtig! links.) Erst kürzlich haben Sie bei der Dampferubvention den Beschluß gefaßt, daß die subventionierten Dampfer keine landwirtschaftlichen Produkte aus dem Ausland einführen sollen. Ich erinnere Sie an Ihr Verhalten beim Fleischbeschlag. Da werden Sie dem deutschen Arbeiter wahrlich nicht weismachen können, daß er ein Interesse an der Verneuerung der Flotte hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Sattler hat besprochen, daß die Flotte sich gegen England richtet. Alle Welt weiß, daß das doch der Fall ist. Ueberall, in den Kommissionsverhandlungen sowohl wie hier wurde deutlich auf England hingewiesen.

Mit einer größeren Flotte werden wir aber nie gegen die englische Konkurrenz aufkommen. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir auf dem Gebiet der Industrie selbst Fortschritte machen, unsere Produktionsweise verbessern usw. — Es ist auch gesagt worden, die letzte Wahl in Alshersleben habe beweisen, daß die Stimmung im Volk für die Flotte sei. Warum hat man denn nicht den Reichstag aufgelöst, um auf diese Weise dem deutschen

Volle Gelegenheit zu geben, sich zu der Flottenvermehrung, der Weltmachtspolitik zu äußern? Und wäre das sehr willkommen gewesen. Bei der Wahl in Kaiserlehen hat die Flottenvorlage fast gar keine Rolle gespielt. Hier wurde das uns unangenehme Resultat durch die Thatsache herbeigeführt, daß man den Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen unseren Genossen Schmidt in einer Weise angenußt hat, daß allerdings bei einem ganzen Teil der Wähler der Glaube entstand, wenn sie Schmidt wählten, so machten sie sich selbst einer Majestätsbeleidigung schuldig. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten.)

Was die von Herrn Szynala angeführte Resolution anlangt, so haben wir keine Zeit aufs schärfste die Ausweitungsmassregeln des Fürsten Widmarck gegen die Polen beurteilt, wir wollen nur nicht, daß ausländische Arbeiter als Vorkindredner gegenüber den deutschen verhandelt werden. (Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Stumm (Rp.):
Ich habe nicht gesagt, daß die Dillinger Werke 50 Prozent an Panzerplatten verdienen, sondern nur konditionell gemeint: auch wenn man einen solchen Verdienst annähme, träfen doch die in der Kommission genannten Zahlen nicht zu.

Reichszentralrat Fürst Hohenlohe:

Der Herr Abg. Liebermann hat eine Behauptung abgestellt, gegen die ich mich entschieden wenden muß. Er hat gesagt, die Begeisterung für die Flotte sei erst nach den Herbsttagen des vorigen Jahres entstanden. (Sehr richtig! links.) Diese Behauptung entspricht nicht dem Charakter einer irrtümlichen Auffassung. Sie verflüchtigt nicht die Vorgänge des letzten Jahrhunderts und es ist daher notwendig, die Genesnis der Flottenfrage dem deutschen Volk ins Gedächtnis zurückzurufen. Wenn ich zurückdenke an die Zeit vor mehr als 50 Jahren und an die Begeisterung für eine deutsche Flotte, die damals das deutsche Volk durchzog, und wenn ich noch an die Thatsache erinnere, daß damals die im deutschen Bunde vereinigten Regierungen sich mit Ausnahme der preussischen Regierung der Flotte gegenüber ablehnend verhielten, so darf ich behaupten, daß das Drängen nach einer deutschen Flotte recht eigentlich aus dem deutschen Volk hervorgegangen ist. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß der Ruf nach einer Flotte stets dann hervorgerufen ist, wenn sich das Streben nach einheitlicher Gestaltung Deutschlands geltend machte. In der Zeit des Bundestags freilich lebten wir still und harmlos. Wir hatten verhältnismäßig wenig Steuern, wir hatten keine Agrarier (Reiterleutnants), wenn es auch den Grundbesitzern, besonders in den zwanziger Jahren, herzlich schlecht ging. Wir hatten keine Socialdemokraten, vor allem aber keine Sorgen der auswärtigen Politik. Die Kleinrenten begnügten sich damit, den Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich am Bundesstage aufmerksam zu verfolgen. Im ganzen war es eine Zeit des kleinrentlichen Beschränktheit und Besorgnis. Allein dem deutschen Volk genügt das nicht. Die Erinnerung an die einstige Bedeutung des Deutschen Reichs und die Wüstung über die Herrlichkeit und Ohnmacht Deutschlands, die sich mehr und mehr verbreitete, ließen uns nicht zum ungeschützten Geiz und materiellen Behagens kommen. Der Einheitsgedanke, den zunächst die jüdische Jugend pflegte, ging in immer weitere Kreise über. Er bildete das Ferment der revolutionären Bewegungen des Jahres 1848. Schon glaubten wir uns am Ziele, als jene Bewegung an der Ungunst der Verhältnisse scheiterte. Da ein mächtiges Reich nicht ohne Flotte gedacht werden kann, so mußte der Gedanke an die Flotte verankert, als das Reich verfiel. Erst zwanzig Jahre später ward das Reich, dank den Siegen der vereinten deutschen Heere, unter der jubelnden Zustimmung des deutschen Volks gegründet. Auch jetzt trat sofort die Forderung einer deutschen Flotte auf. Man war einig in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit derselben, die dann auch von da an in ihrer Entwicklung stetig fortgeschritten ist. Wohnungsverhältnisse traten seitdem nur auf in Bezug auf die Größe der Flotte und die Höhe der zu verwendenden Mittel. Der Weg, den man einschlug, um die Mittel für Meer und Flotte zu beschaffen, führte zu der Reform unserer Zollgesetzgebung, und dies hatte einen industriellen Aufschwung, eine Entwicklung unsres Handels zur Folge, die das Verlangen nach dem Schutze unsres Handels durch eine Flotte mit erneuter Kraft hervorgerufen ließ. Es handelt sich da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nachdruck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen sind, sondern es handelt sich darum, unsre Existenz als handelsbetreibende Weltmacht zu sichern. Das Deutsche Reich darf nicht abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtiger Nationen, es muß auf eigenen Füßen stehen und auf Achtung zählen können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer starken Flotte. Die neueste Geschichte lehrt, wohin ein Land kommt, das eine ungenügende Flotte hat.

Zum Schluß möchte ich diejenigen, denen die Opfer, die die Flotte verlangt, zu lästig erscheinen, nochmals daran erinnern, daß die idealen Einheitsbestrebungen, das Drängen nach einer Weltmachtstellung, die aus dem deutschen Volk hervorgegangen sind, und auf die Bahn geführt haben, auf der wir uns befinden und auf der wir nicht umkehren können. Nach dem Gang, den die zweite Lesung der Vorlage genommen hat, wird diese Auffassung ja auch von der großen Majorität dieses Hauses geteilt und ich zweifle nicht, daß der Reichstag in gewohntem Patriotismus seine Beschlüsse zum Wohl des Vaterlands fassen wird. (Weisfall rechts.)

Abg. Graf v. Haffke (natl.):
Unser Mittelstand, besonders der ländliche, kann nicht mit großer Begeisterung für die Flotte eintreten angesichts der Gesetzgebung der letzten Zeit, die so wenig für den Mittelstand gethan hat. Wir werden aber doch für die Vorlage eintreten in erster Reihe infolge der glücklichen Regelung der Dedungsfrage. Wir bewilligen die Flotte nicht im Vertrauen auf die Regierung, sondern weil wir hoffen, daß bald wieder ein Mann aus Bader kommen wird, der das deutsche Schiff in nationalen Fahrwasser zu steuern versteht. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haffke (natl.):
(mit großer Unruhe empfangen): Ich will mich bei der Geschäftsloge des Hauses auf wenige Bemerkungen beschränken. Herr Liebermann hat gesagt, daß die jetzige Stimmung des deutschen Volks gegenüber England das Ergebnis einer Hege meiner alldentschen Freunde sei. Nein, die Stimmung ist das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung auf kommerziellen Gebiet. Die Engländer fürchten unsre Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet und treffen Maßregeln dagegen. Daher muß die Stimmung eine gespannte sein. Herr Liebermann hat weiter gesagt, wer vor dem Oktober v. J. für die Notwendigkeit einer Vermehrung der Flotte eingetreten sei. Darauf kann ich die prompte Antwort geben, daß meine engeren Freunde und ich seit 1888 keine Gelegenheit haben vorübergehen lassen, um die Unzulänglichkeit der Flotte zu beleuchten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.):

Herr Liebermann ist auch auf König zu sprechen gekommen. Er hat gemeint, daß die fünf Milliarden für die Flotte lieber zur Volkserziehung verwandt werden sollten. Ich erwidere ihm darauf, daß in König in akademisch gebildeten Kreisen die Ueberzeugung besteht, daß es sich hier um ein Verbrechen aus Uberglauben handle. — Was die Flottenvorlage selbst anlangt, so können wir uns mit der Vorlage einverstanden erklären, nachdem die Regelung der Dedungsfrage gelungen ist und besonders der Wörfe Gelegenheit gegeben worden ist, ihre Flottenbegeisterung zu bekunden. Das deutsche Volk ist bereit, seinem Kriegsherrn die von ihm gewünschte Flottenvermehrung zu bewilligen. Zum Schluß will ich noch einige Worte in aller Ehrerbietung an die höchste Stelle richten. Da nun einmal Blut dicker wird wie Wasser ist und stammverwandtes deutsches Blut jetzt in so großer Menge von den Boeren in Südafrika verspritzt wird, so würde es die Mehrheit des deutschen Volks begreifen, wenn nicht fortwährend Glückwunschkundgebungen nach England von höchster Stelle gerichtet würden.

Präsident Graf Vassekrem:
Auch Sie, Herr Abg. Liebermann v. Sonnenberg, dürfen die allerhöchste Verdon nicht in Ihre Ausführungen hineinziehen. Ich ersuche Sie, das bei Ihren weiteren Ausführungen zu unterlassen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant., fortsetzend):

So will ich denn mit dem Ausdruck der Hoffnung schließen, daß der dicke Nebel, welcher sich in der von mir eben berührten Frage zwischen Thron und Volk gelagert hat, bald einer frischen Brise weichen möge.

Abg. Liebermann (Soz.):

Dem Herrn Abg. v. Liebermann habe ich zu erwidern, daß die Vorgänge in König zurückzuführen sind auf die traurige Thatsache, daß die dortige Bevölkerung in dumpfem Vorurteil und blödem Uberglauben befangen ist.

Dem Herrn Abgeordneten Haffke will ich bemerken, daß die Begeisterung für die Flotte eine künstlich gemachte Begeisterung ist. Wenn der Herr Reichszentralrat Fürst Hohenlohe davon gesprochen hat, daß früher auch die oppositionellsten Elemente in dem Gedanken an die deutsche Einheit Begeisterung für eine große deutsche Flotte gefühlt haben, so kann ich nur sagen, daß heutige reaktionäre Deutschland unter der Führung Preußens hat mit dem damals erträumten einigen Deutschland, für das auch ich begeistert war, gar nichts zu thun. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Bälou:

Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat am Schluß seiner Ausführungen eine Bemerkung gemacht, die ich nicht unwiderprochen lassen will. Die Politik des Reichs wird nur durch nationale Gesichtspunkte bestimmt und lediglich die realen Interessen des Deutschen Reichs sind dafür maßgebend. Die Politik eines großen Reichs kann nicht durch Sympathien oder Antipathien bestimmt werden, sie beruht auf dem sorgfältigen Abwägen von Vorteilen und Nachteilen. Von einer andern Seite des Hauses sind Befürchtungen geäußert worden, unsre Politik könnte unruhig und abenteuerlich werden. Diese Befürchtungen sind ebenso grundlos und man soll mir einen Fall nennen, wo unsre Politik nicht eine besonnene zu nennen war. Wir wollen aber weder beiseite geschoben werden noch unter die Räder kommen. Ich glaube, Sie werden nachher durch Ihr Votum der Welt zeigen, daß da, wo es sich um große nationale Fragen handelt, wo die Machtstellung Deutschlands gesichert wird, im deutschen Reichstag immer eine Mehrheit vorhanden sein wird. (Weisfall.)

Hiernächst schließt die Diskussion.
Die Abstimmung über § 1 ist eine **namentliche**. An ihr beteiligten sich 306 Abgeordnete. Es stimmen mit Ja 199, mit Nein 107 Abgeordnete.

§ 1 ist also mit 199 gegen 107 Stimmen angenommen.
Der Rest der Vorlage wird ohne Debatte nach den Beschlüssen in zweiter Lesung ebenfalls angenommen. Die Petitionen werden durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Hierauf wird die **Gesamtabstimmung** vorgenommen, die auf Antrag des Abg. Wassermann (natl.) eine namentliche ist.
Die Vorlage wird in namentlicher Abstimmung mit **201** Stimmen gegen **103** Stimmen angenommen. (Bravo! rechts und im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Haake (A. Frankfurt) (Rp.) wird für gültig erklärt; ebenso die Wahl des Abg. Dr. Graf v. Stolberg-Wernigerode (B. Gumbinnen) (kons.).

Dagegen wird die Wahl des Abg. Volk (S. Trier) (natl.) beanstandet und Erhebungen werden angeordnet.
Für gültig erklärt werden die Wahlen des Abg. Graf v. Carmer (A. Breslau) (L.), des Abg. Müller-Rudolstadt (natl.) und des Abg. Placke-Calde-Kaiserlehen (natl.), letztere mit Ueberweisung des Berichts über die Sistierung der Flugblattverteilung an die preussische Regierung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Vassekrem:

Meine Herren, ich habe Grund anzunehmen, daß wir dem Ende unserer Tagung entgegengehen. Gestatten Sie mir, über den Verlauf dieser Session, die zu den schwersten und längsten gehört, die der Reichstag je gehabt hat, Ihnen die gedächtnisvolle Uebersicht gebe. Der Reichstag hat vom 8. Dezember 1898 bis 22. Juni 1899 und dann wieder vom 14. November 1899 bis heute getagt. In diesen 410 Tagen haben 210 Plenarsitzungen einschließlich einer geheimen Sitzung (Helterkeit). In 492 Sitzungen waren die verschiedenen Kommissionen zusammen. Der Präsident teilt mit wie viel Gesetzentwürfe z. dem Reichstag im ganzen vorgelegt haben. Seine Mitteilung, daß dem Reichstag im ganzen **54 800** Petitionen zugegangen sind, von denen 1454 dem Reichszentralrat überwiesen sind, erregte Heiterkeit.

Abg. Graf v. Lebehof (L.):

Ich nehme mit voller Sicherheit die Zustimmung des ganzen Hauses an, wenn ich Sie bitte, unserem hochverehrten Präsidenten den herzlichsten Dank des Hauses für die unparteiische, sachgemäße, energische und unermüdete Leitung unsrer Verhandlungen in dieser wohl nicht leichten Session auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) An Mühseligkeiten und Schwierigkeiten hat es ihm wahrlich nicht gefehlt. Mit seiner Begabung für sein Amt und seinem festen Willen hat er es aber verstanden, sie sämtlich zu überwinden. (Bravo!) Wie ich sehe, haben Sie Ihren Dank durch Erheben von Ihren Plätzen ausgedrückt. (Lebhafte Weisfall.)

Präsident Graf Vassekrem:

Die überaus freundlichen Worte, die der hochverehrte Abgeordnete an mich gerichtet hat und Ihre Zustimmung zu denselben sind mir außerordentlich wertvoll. Wenn es einer Kompensation bedürfte für die Mühseligkeiten, die das Amt eines Präsidenten mit sich bringt, dann haben Sie mir dieselbe in hohem Grade gewährt. Gewiß, meine Herren, es kommen schwierige Momente, aber sie werden überwunden, besonders dann, wenn der Präsident im Hause Unterstützung findet und der gute Wille herrscht, ihm zu helfen. Dies Entgegenkommen habe ich stets gefunden, auch in den schwersten Augenblicken und zwar auf allen Seiten des Hauses. (Lebhafte alleseitiger Weisfall.) Deshalb kann ich dem Herrn Vordröner nur meinen tiefgefühlten Dank ausdrücken für die freundlichen Worte, mit denen er mich begrüßt hat. Unterstützt wurde ich von den Herren im Bureau, von meinen beiden Herren Vizepräsidenten, den Vizepräsidenten, den Herren Schriftführern und Quästoren. Sie erlauben, daß ich einen guten Teil Ihres Dankes diesen Herren übertrage. (Bravo!)
Nunmehr erteile ich das Wort zu der Mitteilung einer kaiserlichen Botschaft dem Herrn Reichszentralrat.

Reichszentralrat Fürst v. Hohenlohe:

Ich habe dem hohen Hause eine **kaiserliche Botschaft** mitzuteilen: Wir Wilhelm z. ihm sind und sagen zu wissen, daß wir unsren Reichszentralrat ermächtigt haben, auf Grund des Art. 12 der Verfassung die gegenwärtige Session des Reichstags in unserm und im Namen der verbündeten Regierungen am 12. Juni zu schließen.
Neues Palais, den 6. Juni 1900.

Gezeichnet Wilhelm.
Gegengezeichnet Fürst Hohenlohe.

Auf Grund dieser Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.
Der Präsident bringt ein dreifaches Hoch auf das Reichsoberhaupt aus. Die Socialdemokraten haben vorher den Saal verlassen.
Schluß der Sitzung 6 Uhr.

8. Parteikonferenz für den Wahlkreis Brandenburg-Beßhavelland.

Abgehalten am 10. Juni in Winkels Salon zu Brandenburg a. S. Die Konferenz wird mittags 1 Uhr durch den Kreisvertrauensmann Kratisch eröffnet.
Anwesend sind 18 Delegierte und zwar je drei aus Brandenburg und Rathenow und 12 aus 10 ländlichen Ortshäusern. Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg ist durch die Genossen Schubert und Schuster, die „Brandenb. Zeitung“ durch Guh, Sidow und Thiele vertreten. Ferner sind anwesend der Vertrauensmann von Brandenburg, Reudede, der Vorsitzende des Rathenower Wahlvereins Friede, der Kandidat des Kreises

Peus-Dessau und für die Bezirkskommissionen in Brandenburg und Rathenow die Genossen Franz und Weber.

Der Bericht des Kreisvertrauensmanns Kratisch entnommen worfolgendes: Die Einnahme betrug 721,95 M., die Ausgabe 700,84 M. Hieron entfallen 100 M. auf den „Markt-Vollstboten“, 150 M. wurden für das auf dem Lande in 1000 Exemplaren zur Verbreitung gelangende Monatsorgan „Die Fackel“ ausgegeben, Delegationen zum Provinzial-Monatskongress und die vorjährige Kreisversammlung erforderten 218 M. „Die Fackel“ habe sich als Gegenmittel gegen die von anderer Seite zur Verbreitung gelangenden Hülfsheften und ähnlichen Schriften gut bewährt. Im Wahlkreise sind zwei politische Vereine vorhanden, einer in Brandenburg mit 900 Mitgliedern (Beitrag 25 M. monatlich) und einer in Rathenow mit 240 Mitgliedern (Beitrag 20 M.). Mit der Vereinsbildung auf dem Lande sehe es noch sehr schlecht aus. Die ländlichen Genossen wollten zwar, aber ihrem Willen stehen die Verhältnisse hindernd im Wege. Der Bestand der Presse sei zwar befriedigend zu nennen, aber es bliebe immer noch recht viel zu thun übrig. Von Brandenburg aus werden 20, von Rathenow aus 10 Orte bearbeitet, mit denen wir feste Verbindungen haben. Die Agitationsarbeit werde durch die schlechten Verbindungen ungemein erschwert. Der Kreis-Vertrauensmann wird durch die Konferenz entlastet.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wird durch einstimmige Aufstellung des Genossen Peus-Dessau als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl erledigt. Schubert-Verlin sagte namens der Provinzial-Agitationskommission die weitgehendste Unterstützung im bevorstehenden Kampfe nach jeder Richtung hin zu. Am Wahltage selber werden eine größere Anzahl Berliner Genossen zur Verfügung stehen, um die an dem Tage im Kreise zu erledigende schwere Arbeit bewältigen zu helfen.

Beim dritten Punkte der Tagesordnung entspinnt sich eine lebhafteste Debatte über einige Paragraphen des vorliegenden Entwurfs eines Kreisstatuts, nach welchem eine über den ganzen Kreis sich erstreckende Organisation zu bilden ist. Der Entwurf wird mit einigen Änderungen angenommen.

Zum Punkt Preise berichtet Sidow über den Stand des Zeitungsunternehmens. Er hält sich dabei im wesentlichen an den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht der „Brandenb. Ztg.“. Redner erklärt, daß der Stand des Unternehmens fortgesetzt ein günstiger sei. Es sei jetzt auch gelungen, für die Druckerei größere, zweckentsprechendere Räumlichkeiten zu bekommen. Nach dem Umzug werde auch noch eine Maschine und zwar eine Doppelmaschine aufgestellt werden. Trotz der zu erwartenden bedeutenden Steigerung der Ausgaben wäre doch mit Sicherheit zu erwarten, daß das Zeitungsunternehmen sich auch in Zukunft selbstständig erhalten werde.

Als Delegierte für den Provinzial-Parteitag werden hierauf die Genossen Erdmanns-Rathenow, Reudede-Brandenburg und Sidow-Prigrade gewählt. Auf dem allgemeinen Parteitag wird der Wahlkreis durch Sidow-Brandenburg vertreten sein. Reudede ist Ersatzmann.

Von der Bescheidung des internationalen Kongresses in Paris wird Abstand genommen, jedoch wurde ein Antrag angenommen, nach welchem beim Provinzial-Parteitag beantragt werden soll, daß dieser eine Vertretung der ganzen Provinz Brandenburg beschließen möge.

Als Kreisvertrauensmann wird Genosse Kratisch-Brandenburg einstimmig wiedergewählt. Erzähler-Rathenow schiebt die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongress.

Wien, 11. Juni.

Der 3. Oesterreichische Gewerkschaftskongress wurde heute im Hotel Savoy eröffnet. Anwesend waren 183 Delegierte aus allen Teilen des Reichs, anserdem Vertreter der einzelnen Landesverbände, der Prager oegischen Gewerkschaftskommission, der deutschen und der oegischen socialdemokratischen Parteivertrretung und des Verbandes der socialdemokratischen Abgeordneten. Von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist Genosse Legien erschienen.

Der Vorsitzende Switka begrüßte zuerst die Vertreter der deutschen Gewerkschaften, die ihre Solidarität bei dem großen Bergarbeiter-Streit in glänzender Weise bekundeten. In der folgenden Begrüßungsrede wurde auf das gute Einverständnis, das zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung in Oesterreich besteht, besonders Gewicht gelegt. Alle Versuche des chauvinistischen Stützertums, die Arbeiterchaft der internationalen Socialdemokratie zu entfremden, haben sich als vergeblich erwiesen. Legien gab im Namen der deutschen Gewerkschaften der Freude über den ständigen Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation Oesterreichs Ausdruck.

Nachdem in einer Resolution den Vordereorganisationen des Auslandes, besonders den Organisationen in Deutschland, England und der Schweiz für die Unterstützung, die sie beim Bergarbeiterstreit geleistet haben, der wärmste Dank ausgesprochen worden war, wurde in die Tagesordnung eingegangen.

Den Reichenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission erstattete Genosse Sidow, der Sekretär der Kommission, wobei er sich hauptsächlich auf den im „Vorworts“ bereits besprochenen gedruckten Bericht bezog. Er kam dabei auch auf das Verhältnis zu der Prager oegischen Gewerkschaftskommission zu sprechen und kündigte an, daß wohl in nächster Zukunft eine Verschmelzung mit dieser erfolgen werde. Es habe sich gezeigt, daß thatsächlich bei wichtigeren Anlässen die beiden Kommissionen Hand in Hand gehen mußten und daß auch die Wiener Kommission für die sprachlichen Bedürfnisse der oegischen Arbeiter durch geeignete Agitatoren vollauf vorgezogen habe. Zwei wichtige Vorkommnisse des letzten Jahres seien im Bericht nicht erwähnt worden: Die Ausschreibung einer eignen Steuer beim Oesterreichischen Textilarbeiterstreit und die Nichtanerkennung des gegen den Willen der Gewerkschaftskommission und trotz ihrer Warnungen ausgebrochenen Textilarbeiter-Streits in Jägerdorf. In beiden Fällen hat sich die Stärke der Organisation gezeigt.

Auf Antrag der Kontrollkommission wurde der Gewerkschaftskommission das Absolutorium erteilt und den Angehörigen der Kommission der Dank für ihre aufopfernde Thätigkeit ausgesprochen.

In der Nachmittags-sitzung referierte Hüber über Organisation und Agitation. Er verwies zunächst darauf, daß, trotzdem der vorige Kongress die Gründung von Unionen, also die fruchtbarste Centralisation, abgelehnt habe, die Notwendigkeit dieser Centralisationen immer mehr eingesehen werde. Die Kommission schlägt vor, die Industrie-Verbände in Unionen umzuwandeln, soweit die Bedingungen hierfür vorhanden sind. Mit der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Unionen ist in den Gewerkschaften auch die Erkenntnis von der Verderblichkeit der niedrigen Beiträge immer lebendiger geworden und die nächste Zeit wird wohl mit den kleinen Organisationen wie mit den niedrigen Beiträgen endgültig aufräumen. Die Frage der Frauenorganisation ist in dem Maße mehr in den Vordergrund getreten, als in den Frauen das Klassenbewußtsein nach wurde. Die Kommission schlägt hierzu vor, daß auf Verlangen der weiblichen Mitglieder einer Organisation eine Frauensektion zu errichten ist, die die Agitation unter den Frauen zu leiten hat.

Ueber dieses Referat und die zu diesem vorliegenden Anträge entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte, an der über 20 Redner teilnahmen. Die Debatte wurde abends abgebrochen und wird morgen fortgesetzt werden.

Witterungsübersicht vom 12. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Temp. u. d.	Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Temp. u. d.
Schwetende	770	NO	2wolken	13	Saparanda	768	S	2wolkg	10		
Danzburg	768	SO	4wolken	17	Petersburg	768	—	—	—		
Berlin	768	D	4wolken	17	Fort	768	—	—	—		
Frankf./M.	764	ONO	2wolken	21	Herbeu	762	—	—	—		
München	765	SHL	—wolken	16	Paris	760	—	—	—		
Wien	765	SHL	—wolken	15							

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 13. Juni.
Cyperhaus. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. John Gabriel Borkman. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Meidens. Die Dame von Marim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stiftungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weihen. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Orientreise. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Minna von Barnhelm. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten-Vorstellung. Vorher: Meyer auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Schluß der Schauspielsaison:
Die Orientreise.
Schwank in 3 Akte v. Ost. Blumenhof und Kadelburg.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr
(Eröffnung der Opernsaison).
Amelia oder Ein Maskenball.
Große Oper in 5 Akten v. G. Verdi.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Die beiden Schützen.

Central-Theater
Anfang 8 Uhr.
Sensationeller Lamerfolg!
Berlin nach Elb.
Gr. Poëse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schläger: Eisenbahn-Quartett! Gordula! Anfang der Parfums. (Blenderdes Ballett.)
Wagen und folgende Tage: Berlin nach Elb.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten:
Grosses Garten-Konzert.
Spezialität: Vorstellung I. Rangos. Weltbekannte Illumination.!! Sensationelle Neuheit!!
Im Märchenwald.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 75 Pf. Ende 11 Uhr.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit!!
Neu! Neu!
Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft
„Senescu“.
Die Helden des Transvaal-Kriegs.

Passage-Panopticum.
Riesen
und
Zwerg.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brannenstraße 16.
Täglich
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Der Soldatenfeind.
Schwank in 1 Akt von G. Pöppner.
Neu! Grüne Jungs. Neu!
Operette in 1 Akt von G. U. Musik von G. Lander.
Im Saal: Großer Ball.

Metropol-Theater.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Erfolg dieser Saison.
Der Zauberer am Nil.
Beste Ausstattung Operette mit dem feinsten hochoriginesen **Mumien-Ballett.**
Vorher:
das vollständig neue brillante Juni-Spezialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Am Spieltisch des Lebens.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Im Vorher: erstes-großes Kinderfest. Konzert und Theatervorstellung. Spezialitäten. Kostappeten.
Jedes Kind erhält ein Geschenk. Anfang 5 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
(Internationale Urania.)
Deute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern und einem Prolog von Dr. W. Wilhelm Meyer.
Abends 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Vorher:
Iben Obed — Frères Hoste.
Neu! Bernhard-Wörbig. Neu!
Neu! Brothers Morelli — Eva Gasser.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.

Schweizer Garten.
Am Königthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater, Spezialitäten, Ball.
Vollbesetzungen aller Art.
Jeden Abend „Es ist erreicht“.
9 1/2 Uhr: „Es ist erreicht“.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Puhmanns Vaudeville-Theater.
Schönhauser-Allee 148. Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Künstler I. Rangos. — Im renommierten Saal: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rüdersdorfer Straße 71 am Rüdersdorfer Platz.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 20 Pf. Anf.: Wochentags 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 5 Pf. Sperrig Nachzahl. 10 Pf. Hermann Imbs, Direktor.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Halensee.
Sommer-Theater „Kurfürstenpark“
Ludwig Kluge.
Kritik. Leitung: Direktor Oskar Wagner. Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Beste Ausstattung. Musik von Fritz Krause. 4859*

Etablissement „See-Terrasse“
Böderstrasse 6, zwischen Landsb. Allee (Stouerhaus) und Lichtenberg.
Grösstes und vornehmstes Sommer-Etablissement Berlins.
Erstrangige Konzerte.
Gondel-Korso auf dem herrlichen 3/4 Morgen grossen See.
Variété-Theater. * 4 grosse Kegelbahnen.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Grosses Tanz-Kränzchen.
Aussichtsturm. Grosse Luftschaukel. Kinder-Sportplatz.
Entree (Sonntags und Wochentags 10 Pfg.) an Feuerwerkstagen . . . 20 „ an Elite-Tagen . . . 50 „ Kinder frei.
DEUTSCHE TERRAIN-GESELLSCHAFT M.B. See-Terrasse Lichtenberg b/Berlin BERLIN

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sängerkörperschaft
(Führmann, Gorf, Waide).
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stück 1 R. Bons nur in der Höhe gültig. Sonntags und Donnerstags: **Tanzkränzchen.**

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: **Der wilde Jäger.**
rom. Sage m. Gesang u. Tanz in 4 Akte v. Hugo Schütz, Musik v. H. Schenck. — Ballett mit Leitung v. Ballettmästrin Fel. Böring. — Auftreten d. Gyrotrick: Chamoune-Rolly-Berli, d. Grottesque: Fuchthelm Gebr. Wlardo, Tanma: Quartett, Ueberle-Truppe, Urodaten, Brothers Zedro, Perchardabaten, Fred u. Max, Chinesen. Die Greenwood, Pantomime: „Die müde Schmeichele“ — Konzert. — Im Saal: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Im prachtvollen **Natur-Garten** jeden Sonntag u. Donnerstags humort. Soiree der **„Norddeutschen Quartett-Sänger“**
Gäme, Gahnblow, Walden zc. Anfang Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstags u. Sonntag im gr. Saal **Tanzkränzchen.**
Tanz frei!
Donnerstags haben die im Winter ausgegebenen Vereinsbillets u. Passpartouts Gültigkeit.
Säle und Garten zu Festlichkeiten. Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet. 4892*

Säle zu Vereinsfestlichkeiten und Veranstellungen zu vergeben.
Scholz, 4542L*
Gr. Frankfurterstr. 74.

Samoa.
!! Unsere neuen Landsleute !!
Samoanisches Dorf — Urwald-Tropenlandschaft.
Eingeborne, Männer, Frauen, Kinder aus Samoa. Sprecher, Häuptlinge, Samoanische Dorfjungfrau, Krieger Matafas u. Mallettas. Schöne, lobendige, in Berlin noch nie gesehene Vorstellungen. Gr. ethnologische Sammlung.
Kein Extra-Entree!
Täglich v. 9-12 u. 3-8 Uhr. Vorstellungen: II, 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr. Einlagen nach Bedarf.
Entree direkt zur Ausstellung (am Bahnh. Zoolog. Garten) 50 Pf., Kinder 25 Pf. Besucher des Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.
Schön, unterhaltend, belehrend.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenheide 13-15.
Kritische Leitung: **Paul Albits.**
Täglich: **Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Gütele Troupe — Brothers Wildbart — Rik Eke — Mr. Alphonse — Karl Kramer — Minna Schön (exklusiv Spezialitäten).
Jeden Montag: **Sommerfest.** — **Mittwoch: Die bestedten Kinderfeste.** — **Donnerstag: Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand zc. Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Kliem.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen.** (Anf.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1132. — Heute: **Grosser Ball,** als **Spezialität: Cigarren-Regen,** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Überraschungen. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfehlung den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken zc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Veranstellungen und Festlichkeiten jeder Art. 44648*

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Eingit in keiner Art. Ohne jede Konkurrenz. Billigste Familien-Unterhaltung. Wochentags abends 6 Uhr freies Entree.
Massen-Konzerte.
Hallen. Jantischaren-Bande Rocco. Dorothea Alvensänger Michel Odpp. Rumänisches Orchester Valer. Osterreichische Damenkapelle Gönard. Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.
monatlich 10 Pf. liefert elegante Garderobe nach Maß, auch bar Kaffe mit Neuesten Augen J. Tomporowski, Schneidermeister, Reanderstr. 16 II.

Sofastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in Wolllrips, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, nur gute Qualitäten, bedeutend unter Preis.
J. Adler Teppichhaus,
Königstr. 20, dicht am Rathaus. 4858L*
Bestellungen 8- bis 10 Uhr. „Baby“, Schauspielfraße 8. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassaerzie.

E. Wurm Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde u. Familie
In Lieferungen à 20 Pf. durch alle Kolporture zu beziehen. — Werstatt-kolporture können einen ansehnlichen Nebenverdienst erzielen.

Kleine Anzeigen.
Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.
Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deuthers 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Röhres-Strassenstrasse 63 im Schanckhof.
Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwarzkopffstrasse 15. 7131*
Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 7130*
Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag abend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Stegeln, Schlösserstrasse 76, Ode-Platzbörgerstrasse: Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Damburg.
Teilen, prachtvoller Stand, 12,00, zweifelhafte 16,50. Gubenstrasse 3, Pflandle. 7150*
Teilen, Steppdecken, Gardinen, sportlich Verbands Reanderstrasse 6.
Remontiermaschinen. Regulatoren sportlich Verbands Reanderstrasse 6.
Teppiche, preisbillig Pflandle Reanderstrasse 6. 21,9*
Teppiche mit Gardinenherren, Federmatte, Lager Frankfurterstrasse 9, parterre. 7130*
Damenbüsten billig Kuhl, Weinbergstrasse 13b. 918b
Lebendes Hühner-Großesstrasse 5. 7131*

Fahrräder, erklaffung, zu Engrospreisen (auch Teilzahlung). Musterlager, Kommandantenstrasse 46 I.
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Bahnrenner, 18 Fund, Strassenrenner, Luxus-Damenräder, Zweiräder, Kinderräder, Kinderschwinge direkt aus Fabrik „Imperial“ Diefenbachstrasse 33. 11802*
Fahrradhändler! kaufen sämtliche Zubehör- und Rohstoffe, sowie Geschäfte, gepannete Räder sehr vorteilhaft. Fahrradfabrik im grossen fecht Vulcanstrasse 3, Ostendberg. 19/7*
Wasscher, Sporthem, Swellton 6,00, Dreifach 10,00, Wassdrainfen 12,00, Waschlappete, Schneider-Geschäfte billig. Teilzahlung. Wohlauer, Böhmer: Theaterstrasse 32. (Rein Laden.) 1329b
Wessner Feld, Vorderrahmen, Felde, Stühle, Bänke, Spaten, billig. Karl Kaufmann, Müllenhoffstrasse 19, am Urban. 13606*
Wasserschiff 45 Zischen 3 Mark, Brantner Andreassstrasse 63. 12326
Stegdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre.
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wozu 1 Mark, Postkarte, Vandsberger, Vandsbergerstrasse 35, kein Laden. 1443b*
Verbindungsstück 16, Spiegel, Wind, Wasserpiegel 14, Bettdecken, reelle Matrasen, Sofas, Kuschelstühle, wirklich preiswert! Grüner Weg 81, im Keller. 1437b

„In freien Stunden“, 3 Jahrgänge, gebunden, verkauft Strobel, Admiraalstrasse 16d. 1446b
Defäkation wegen Todesfalls sofort zu verkaufen, direkt am elektrischen Bahnhof. Zu erfragen Großgörschenstrasse 4 bei Fährtrader. 11105
Vermischte Anzeigen.
Berichtigung. In der Donk-fassung von Gaede in Nummer 129 des „Bormärts“, soll es nicht heißen „Gesangverein Unerzucht“, sondern „Gesangverein Unerdrohen“. Frau Gaede mit Kindern. 3038
Ich erkläre Frau Schieler für an-schuldig und nehme die Beleidigung zurück. Frau Lehmann, Antonstrasse 23.
Unfallfaden, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstrasse 65. 2118*
Violin, Klavier, Pflon, Cello-Unterstütz, monatlich 4 Mark, Orantenstrasse 118.
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleiner, W. Bälwegstrasse 56, 2. Hof parterre. 2387b
Uhren repariert Wilhelm Glabe, Uhrmacher, Putzburgerstrasse 45. 1146*
Bereinszimmer empfiehlt Bier, Alte Jofobstrasse 119. 288K*
Bereinszimmer in Pianino Klänge, Krausenstrasse 18. 210b

Jungen werden gebeten, sich zu melden bei Budach, Kastanien-Allee 90, vorn IV, welche gefehen haben, wie ein Mann mittags gegen 12 Uhr am 20. Mai in der Seidenstrasse nahe Weidenbergsweg auf Veranlassung des Polizei-Untersuchungsamtes verhaftet wurde. Besonders der Herr, der sich als Zeuge angeboten hat und im Büro der Polizeiwache vom Schumann zurückgewiesen wurde, wird gebeten, sich zu melden. Unkosten werden vergütet. 14386*
Bereinszimmer Simonstrasse 23. 174K*
Fahren jeder Art fährt billigst Otto Daniel, Jedemannstr. 2, Kohlenhandlung. 992b
Vermietungen.
Schlafstellen.
Bessere Schlafstelle, ein oder zwei Betten, mit Badeabteilung, zu vermieten Gerickestrasse 11, vorn 4 Treppen Unts. 14396
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Berkleiderer verlangt Biering, Holzgauerstrasse 10. 1436b

Barockgoldler und Farbig-macher finden dauernde Beschäftigung Goldbleichenfabrik Alexandrinenstr. 25.
Tüchtiger Pommerler wird gesucht Gefährliche Hornbrecherei, J. Kaufmann, Mühlhauken i. E. 1978*
Provisionäreisende für außerhalb für Aufnahme eines logischen Urteils an Private gesucht. Offerten Post-amt 59 „Schnell“ postlagernd. 1899*
Fahrdig-macher verlangt Krihan, Reutherstrasse 32. 1429b
Geübte Gärtler zum Pommerieren von Bronze-Gastkronen sowie auf Roharbeit sucht J. Hirschhorn, Köp-nickerstrasse 149. 23/14
Tapezierer - Lehrling verlangt Hoffmann, Jofephstrasse 5. 23/152b
Zahnmacher auf alles, auch außer Hause. Knydorf, Kaiser Friedrichstrasse 242. 183/15b
Karton-Arbeiterin sucht Wasser-vogel, Neue Friedrichstrasse 65.
Bändlerin für Papier-Kaufhaltung sucht Hugo Wasser-vogel, Neue Friedrichstrasse 65.
Monogramme-Prägerin sucht Hugo Wasser-vogel, Neue Friedrichstrasse 65.
Mamsells, Jadedts, verlangt Fehier, Rüdersdorferstrasse 17 I. *

Wamsells, gelbt auf bessere Stepp-ladedts, hohe Preise, jeden Sonnabend wird geredit, nur im Hause, verlangt Bau, Weidenweg 29 III. 1359b*
Stepperin auf Jadedts, Vohr bis 24 Mark, verlangt Bau, Weidenweg 29 III. 1358b
Stellensuche.
Blinder Stadtschlichter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück-geliefert. Glöckler, Kulastrasse 27. *
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck herbeigehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.
Geübte Cigaretten-Arbeiter und Arbeiterinnen. 23/12 Offerten unter Chiffre H. M. 3638 an Rudolf Mosse, Hamburg.
Wannereisellen verl. Weidelt, Stamborgh Berlin
Achtung, Drechsler!
Bei der Firma Voeltzkow, Ritterstraße 15, haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 89/8
Die Ortsverwaltung.

Lokales.

Achtung, sechster Wahlkreis. Die Genossen und Genossinnen machen wir auf die am Donnerstagabend 8 Uhr im Eiseller, Chausseest. 88, stattfindende Volksversammlung, in welcher der Genosse A. Sebel spricht, besonders aufmerksam. Siehe Inserat.

Krankenversicherung und Rechtssprechung.

In Nr. 123 veröffentlichten wir ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts über die Krankenversicherungs-Pflicht der Musiker, welches den eigentümlichen Rechtszustand der Krankenkassen in diesem Fall grell beleuchtete. Zu welchen unerträglichen Zuständen die den Krankenkassen gegenüber angewandte Art der Rechtssprechung führt, lehren folgende Vorgänge der letzten Jahre. Gelegentlich eines Streitfalls entschied am 24. Oktober 1898 die hiesige Gewerbe-Deputation, daß die bei Musikaufführungen gewöhnlicher Art beschäftigten Musiker der Krankenversicherungs-Pflicht unterliegen. Auf Grund dieser Entscheidung veranlaßte die hiesige Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen eine Anzahl Musikdirektoren, ihre Gehilfen und Lehrlinge bei ihr anzumelden. Nach mehrjähriger Versicherung fiel es einigen Herren ein, gegen die Beitragsforderungen der Kasse Einspruch zu erheben und dieselbe Behörde, welche im Jahre 1898 die Versicherungsgepflicht ausgesprochen hatte, entschied am 18. Dezember 1897, daß die Musiker nicht als Personen anzusehen seien, welche bei der Herstellung eines Gewerbe-Erzeugnisses mitwirken, und daß infolge dessen die Versicherungs-Pflicht zu verneinen sei. Diese Entscheidung wurde von der Kasse auf dem ordentlichen Rechtsweg angefochten, jedoch ohne Erfolg. Am 8. Juli 1898 entschied das Kammergericht, daß selbst die bei minderwertigen Musikaufführungen beschäftigten Personen der Versicherungs-Pflicht nicht unterliegen. Die Verurteilung auf das Reichsgericht erwies sich als los, da dasselbe am 31. März 1897 in demselben Sinne entschieden hatte. Gestützt auf diese Urteile klagten zwei der obengenannten Musikdirektoren auf Rückzahlung der ihrer Meinung nach zu Unrecht eingezahlten Kassenbeiträge im Betrage von 7000 M. Dieser Prozeß schwebt gegenwärtig noch beim Kammergericht, und da anzunehmen ist, daß sich dasselbe mit seinem vorausgegangenem Urteil nicht in Widerspruch setzen wird, so ist zu befürchten, daß die Kasse mindestens zur Herauszahlung des Arbeitgeberdrittels verurteilt werden wird.

Dieselbe Meinungsdivergenz wie über die Musiker besteht zwischen den beiden höchsten Gerichten über die Versicherungs-Pflicht der Dienstmänner. Während auf dem Wege der ordentlichen Rechtssprechung durch alle Instanzen hindurch bis zum Kammergericht (24. November 1899) die Versicherungs-Pflicht der Dienstmänner verneint worden ist, erklärt das Ober-Verwaltungsgericht dieselben für versicherungspflichtig. Da nun die auf Grund des § 58 Abs. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes ergehenden Entscheidungen der ordentlichen Gerichte für die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über die im § 57 Abs. 2 daselbst bezeichneten Ansprüche nicht maßgebend sind, so hat das Ober-Verwaltungsgericht die Allgemeine Orts-Krankenkasse wiederholt verurteilt, Aufwendungen zu erstatten, welche die Stadt Berlin für erkrankte Dienstmänner gemacht hat. Gegenwärtig liegen dem Bezirksamt 25 Klage-Anträge der hiesigen Armenverwaltung zur Beurteilung vor; der Erstattungsanspruch beträgt in diesen Fällen, in welchen es sich nur um Dienstmänner handelt, mehr wie 3000 M. und es vergeht kaum eine Woche, in welcher nicht weitere Liquidationen dieser Art bei der Kasse eingehen; es ist dies gleichzeitig einer von den vielen Beweisen, wie rücksichtslos die hiesige Armenverwaltung ihre Forderungen geltend macht. Während also die Kasse auf der einen Seite fortgesetzt zur Zahlung verurteilt wird, ist ihr andererseits das Recht Beiträge zu erheben, genommen. Wenn wir noch hinzufügen, daß durch die beiden Prozesse, welche wegen der Versicherungs-Pflicht der Musiker und der Dienstmänner geführt wurden, mehr als 2000 M. Kosten entstanden sind, so dürfte annähernd dargelegt sein, in welcher Weise die Kasse durch die sich widersprechenden Urteile gefährdet wird; die Existenz einer kleinen Kasse wäre geradezu in Frage gestellt. Ein solcher Rechtszustand, der geeignet erscheint, das Ansehen unserer ganzen Rechtssprechung zu schädigen, kann unmöglich bestehen bleiben und bei der in Aussicht genommenen Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes wird es notwendig sein, den § 58 dieses Gesetzes dahin zu ändern, daß die Streitigkeiten über das Versicherungsverhältnis und über die Verpflichtung zur Einzahlung von Beiträgen auf demselben Weg entschieden werden, wie die Streitigkeiten über die im § 57 Abs. 2 daselbst bezeichneten Ansprüche; nur dadurch dürfte es möglich sein, derartige Widersprüche in der Rechtssprechung zu verhüten.

Zwei höhere Polizeibeamte aus Hannover wollen Groß-Berlin mit ihrer dauernden Anwesenheit beehren. Unser dortiges Parteiblatt, der „Volkswille“, berichtet: „Eine Veränderung im Polizeipräsidium wird, wie wir aus sonst zuverlässiger Quelle erfahren, am 1. Juli infolge eintreten, als Polizeihauptmann Funke in gleicher Eigenschaft nach Charlottenburg und der ihm verwandte Kriminalkommissar Berlin ebenfalls in gleicher Eigenschaft nach Rixdorf bei Berlin versetzt werden. Natürlich geschieht die Verlegung auf eigenen Antrag.“ — Wie es heißt, sollen diese beiden Herren sich bei den letzten Unruhen aus Anlaß des Straßenbahner-Streiks durch besonders schnelle Maßnahmen ausgezeichnet haben.

Der Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Albert Träger hat gestern seinen 70. Geburtstag gefeiert. Der Vorstand des Berliner Anwaltvereins, die Fraktionsgenossen aus dem Reichstoge, Deputationen aus dem Wahlkreise Babel, den Träger vertritt, sowie eine Abordnung des Vereins Berliner Presse mit Herrn Kammergerichtsrat Widert an der Spitze gratulierten dem Geheilten persönlich, während briefliche und telegraphische Glückwünsche von Friedrich Spielhagen, Schmidt-Cabanis, Julius Wolff, Erdmann, Friedrich Demburg, Stengel, Plumenthal und andren Schriftstellern eintrafen.

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen sind die gärtnerischen Arbeiten, nachdem sie in den letzten Wochen wegen der Ungunst der Witterung mehrfach ausgesetzt worden waren, seit jüngsten erheblich gefördert worden. Der Friedhof hat durch die Anlegung der den Joun verdeckenden Gasse von Lebensbäumen und durch die Bepflanzung des großen Mittelstückes mit immergrünen und mit blühenden Gewächsen ein wesentlich anderes Aussehen erhalten. Die Grabsteine, von denen manche völlig verfunken waren, sind freigelegt und gereinigt worden. Der städtische Gartendirektor Nädigt, von dem der Entwurf zu diesen Arbeiten herrührt, erscheint fast täglich auf dem Friedhof, um die Ausführung persönlich zu überwachen.

Die Milchsteuerung ist gestern durch folgenden Beschluß einer aus 8000 Personen bestehenden Versammlung von Milchproduzenten und Händlern in die Wege geleitet worden: „Die heute in der Victoria-Anstalt versammelten Milchproduzenten beschließen, zur Förderung der Versorgung Berlins mit reiner, guter, gefähter Milch, die Errichtung eines Bureaus, welches die Milch aller märkischen Milchproduzenten auf Grund eines um 2 Pf. höheren Preises ab Still verpacken soll, so weit eine direkte Verpackung nicht erfolgt ist.“ Die Versammlung wählte einen geschäftsführenden Ausschuß von 17 Personen, der weitere Maßnahmen zwecks festeren Zusammenhanges der märkischen Milchinteressenten vorzubereiten und demnachst einer neuen Milchproduzenten-Versammlung Material zu weiteren Schritten vorzulegen hat. Zur Dedung der

Kosten der Geschäftsführung wird ein Beitrag von 2 Pf. pro Liter des täglich durchschnittlich produzierten Milchquantums erhoben. Außerdem wird für jede Verpackung durch das Bureau Köthenerstraße derselbe Betrag entrichtet.

Der Milchpreis wird sich auf 24 Pf. pro Liter stellen. Auf die gemeinschaftlichen Folgen dieser Verteuerung haben wir gestern hingewiesen.

Prof. Robert Koch befindet sich nach den neuesten von ihm hier eingegangenen Mitteilungen in Neu-Guinea. Prof. Koch hat wieder einen ausföhrlichen Bericht über seine Thätigkeit und Erfolge in der Bekämpfung der Malaria an das Ministerium abgesandt. Er selbst und seine Begleiter haben sich auch in ganz durchseuchten Gegenden wirksam gegen das tödliche Fieber zu schützen vermocht. In Stephansort herrschte beim Eintreffen der Expedition die Tropenkrankheit in hohem Grade. Sowohl die eingeborene als auch die weiße Bevölkerung war stark von ihr heimgesucht. Es gelang Koch bald, die Gesundheit beider Teile auf den gewöhnlichen Stand zurückzuführen. Die Forschungsreisenden werden sich in der nächsten Zeit nach Herberhöhe begeben, wo ebenfalls eine Malariaepidemie ausgebrochen ist.

Verbot einer antisemitischen Versammlung. Die „Staats-Zeitung“ berichtet: Die Abhaltung der für Dienstagabend in der Tonhalle angelegten Versammlung des Wahlvereins der Deutsch-socialen Reformpartei ist, nachdem die polizeiliche Genehmigung bereits erteilt war, in letzter Stunde noch auf Verfügung des Polizeipräsidenten „aus ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Gründen gemäß § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts“ unterlag worden.“ Eigentlich sollte das Antisemitentblatt wissen, daß es sogar in Preußen der Polizei nicht zusteht, Versammlungen zu „genehmigen“.

Ein falscher Parkwächter belästigte in den letzten Tagen das Publikum an der Wasserseite des Treptower Parks. Der Mann, der ein Blechschild auf der Brust trug, rief Kindern ohne weiteres Blumensträuße aus der Hand und warf sie zur Erde; auch Erwachsene mußten ihre Blumen ausliefern, obgleich viele der Leute erklärten, daß die Blumen nicht aus dem Treptower Park stammten, sondern entweder gekauft oder aus Gärten mitgebracht worden waren. Der sonderbare „Parkwächter“ meinte, das könne jeder sagen, er werde die Blumen mitnehmen. Eine größere Zahl von Herren und Damen, die den „Beamten“ wegen seines ungehörigen Benehmens zur Rede stellten, wurden zur weiteren Veranlassung notiert. Plötzlich, nahe dem Jemerschens Restaurant, warf der Wächter die konfiszirten Blumen fort und nahm schleunigst auf einem Seitenwege Reißens. Das erkaufte Publikum wurde bald über die Flucht aufgeklärt. Ein des Begees kommender Herr teilte mit, daß der Entwundene ihm als „falscher Beamter“ bekannt sei. Es komme dem Gauner hauptsächlich darauf an, Leute zu notieren, die er bei irgend einer „Ueber-tretung“ betreffen habe. An den nächsten Tagen finde er sich bei den Aufgeschriebenen ein, angeblich um weitere Recherchen vorzunehmen, wobei es ihm natürlich nur darum zu thun sei, Schweige-geld herauszuschlagen.

Die Ursachen zu den Massenerkrankungen bei dem Füßler-Bataillon des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments konnten bisher 1.09 der sorgfältigsten Nachforschungen nicht ermittelt werden. Die erkrankten Soldaten sind wieder sämtlich hergestellt.

Heute abend zieht der Mond bei dem Planeten Saturn vorüber und bedeckt ihn. Unser Trabant geht um 8 Uhr 50 Minuten auf, etwa eine halbe Stunde nach Sonnenuntergang. Man kann dann den Saturn in seiner nächsten Nähe noch gut erkennen. Freilich zeigt uns unser Trabant gerade sein volles Antlitz, 16 Stunden vorher war nämlich Vollmond. Der Saturn wird daher schwierig zu sehen sein, doch gelingt die Beobachtung mit einem Opernglas oder einem kleinen Fernrohr sicher. Näher und näher kommt der helle Mondrand dem Planeten; um 10 Uhr 57 Minuten beginnt die Bedeckung. Bis 12 Uhr 3 Minuten steht der Planet hinter der Mondscheibe; dann kommt er wieder hervor, und zwar erfolgt sein Austritt an dem dunklen Rand; man erblickt den Saturn beim Wiederscheinen bereits ein Stüchchen von der sichtbaren Mondscheibe entfernt. Freilich nur ein kleines Stüchchen, weil ja die Mondscheibe noch nahezu voll ist. — Das Schauspiel wiederholt sich übrigens in diesem Jahre noch einmal, am 3. September, etwa um dieselbe Zeit. Der Mond steht dann viel günstiger, kurz nach dem ersten Viertel wird der Planet von dem dunklen Mondrand bedeckt und tritt am hellen Rand wieder aus. Der Eintritt erfolgt daher viel plötzlicher und überraschender, weil der Planet noch ziemlich weit von der sichtbaren Mondscheibe entfernt ist.

Durch Ueberfahren getötet wurde Montagabend außer dem schon erwähnten Wilyh Orno (nicht Orno), dem Sohn eines Arbeiters aus der Swinemünderstr. 22, noch ein Knabe in der Dunderstr. Auch dieser Unglücksfall wurde durch das Ballspiel herbeigeführt. Ein Ausseher der Kolonialwarenhandlung von Pörsch aus der Treptowstr. 20 hielt mit seinem Geschäftswagen vor dem Hause Dunderstr. 13, um abzuladen. Drei Knaben aus der Nachbarschaft, zwei Söhne des Grüntrahmhändlers Dirlsch aus der Dunderstr. 11 und ein dritter Junge, kletterten auf den Wagen und machten sich mit dem Pferde zu schaffen, während der Ausseher sich bei dem Knaben befand. Der neunjährige Sohn Wilyh des Maurers Lichtenberg aus der Dunderstr. 13 kroch nun unter den Wagen, um den Ball, der beim Spielen unter ihn gerollt war, wiederzuholen. In demselben Augenblick zog einer der Knaben die Leine an, das Pferd ging durch und der Wagen rollte über Lichtenberg hinweg. Das rechte Hinterrad ging ihm über den Leib und verletzete ihn so schwer, daß er schon nach einer Viertelstunde in der elterlichen Wohnung unter den Händen eines Arztes starb.

Der Wahnsinnige, der Montagnachmittag einen großen Auf-lauf erregte, indem er sich bis auf das Hemd entkleidet auf dem obersten Abzuge des Denkmals Kaiser Wilhelm I. niederlegte, ist festgesetzt worden als ein 30 Jahre alter Tischler Otto Böhm aus Rixdorf. Der Mann ist schon länger geisteskrank, befand sich aber als nicht gemeingefährlich zu Hause. Von dort war er weg-gelaufen und nach Berlin gekommen. Jetzt befindet er sich in der Charité.

Zu Verfolgungswahn versuchte sich gestern, Dienstagmorgen, um 7 1/2 Uhr der 54 Jahre alte Schanzhakenmeister Fritz Koster aus der Reinhardtstr. 23 den Hals abzuschneiden. Koster, der in seiner Gegend sehr bekannt ist, da er seit 30 Jahren in der Georgen-gemeinde als Leichtensträger tätig war, glaubte sich seit 4 Wochen verfolgt. Sonnabend erfaßte er sich, wurde aber von seinem Sohn abgesehen. Gestern morgen schickte er seine Frau weg, eine Zeitung zu holen. Dann rief er: „Lebt wohl, lebt wohl!“ und schnitt sich mit einem Rasiermesser in die linke Halsseite. Der Sohn, der sich im Vorderzimmer befand, entriß ihm das Messer und ließ den Schwerverletzten mit einem Kutschen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen.

Eine Belohnung von 500 M. ist auf die Wiedererreichung der Verbrecher Robert Bierhock und Franz Auf ausgelegt worden, die aus der Strafanstalt zu Brandenburg entwichen, nachdem sie den Ausseher Junst in der Arbeitsstube der Anstalt erschlagen hatten.

Stillschleichen. Montagnachmittag zwischen 8 und 7 Uhr verurte die sehr beliebte Unternehmung für Gas- und Wasser-leitungsanlagen S. in einem Abteil der S t a b a n zwischen Friedrichstraße und Lehrterbahn sich einem in demselben Abteil fahrenden jungen Mädchen in unangenehmster Weise zu nähern. Auf die Hilferufe des Mädchens hinderten im Nebenabteil sitzende Arbeiter den Vöfiling an der Ausführung seines Vorhabens. Auf Station Lehrterbahn rief dann S. plötzlich die Thür des Abteils auf, sprang hinaus und suchte auf der hohen Treppe zu entkommen. Aber einer der Arbeiter setzte ihm nach, packte ihn an der Treppe

am Kragen und brachte ihn unter Weisung der andren Arbeiter nach dem Dienstraum des Stationsvorsehers, von wo er dann durch einen Schuttmann nach dem Revierbureau abgeholt wurde.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag hatte die Wehr längere Zeit zu thun, um einen Brand abzulöschten, der Südrfer 34 in einer Bildhauerei ausgebrochen war. Ein großer Teil des Gips-modellschuppens wurde eingestürzt, wodurch dem Besitzer erheblicher Schaden entstanden ist. Bald darauf erfolgte Friedrichstr. 18 durch einen deselben Gummischlauch am Gaslocher ein Küchenbrand. In der Köfingergasse Vierhülle, Alexanderstraße 1/2, hatte ein fäßliches Spiritus Feuer gefangen, das nur durch energisches Eingreifen der Wehr beseitigt werden konnte, bevor große Gefahr entstand. Beim Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einem Privat-fuhrwerk wurde Kollnmarkt 8 ein Pferd überfahren, zu dessen Befreiung die Feuerweh herangezogen wurde. Das Pferd verwendete kurz darauf, Brücken-Allee 18 hatte eine Marquise und Postfr. 48 ein Posten Rothhaare Feuer gefangen.

Straßenpererrungen. Die Französischstraße von der Schönhauser Allee bis zur Treptowstraße einschließlich des Kreuzdamms wird behufs Umpflasterung vom 13. d. M. ab bis auf weiteres für Fahr-werke und Reiter gesperrt, ebenso die Burgstraße vom Mühlendamm bis zur Rampe der Anstaltenbrücke vom 18. d. M. ab, ingleichen die Hagedorferstraße von der Möderstraße bis zur Großbeeren-strasse vom 18. d. M. ab.

Zeugengefuch. Die Personen, welche am Abend des 1. Juni gegen 10 Uhr gesehen haben, wie ein Blumenhändler vor dem Kempinski'schen Lokal in der Leipzigerstr. 25 von einem Schuttmann fñstert wurde, werden dringend gebeten, Kauerstr. 9, Hof 2 Tr. bei Schmidt ihre Adresse abzugeben.

Am 10. Beobachtungabend des „Bereins von Freunden der Treptow-Sternwarte“, Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr, wird der von seiner Heise zurückgekehrte Direktor F. S. Ardenhold in Hörsaal der Treptow-Sternwarte über seine Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis in Algier sprechen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag kam es bei der Kenntnisnahme der Vorlage des Magistrats wegen unentgeltlicher Benutzung der Turnhalle durch den Schöneberger Männer-Turnverein zu einer äußerst heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Stadtverordneten-Vorsteher Müller und dem Bürgermeister Gerhardt. Der Magistrat war dem zustimmenden Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung nicht beigetreten; dies veranlaßte den Stadtv. Richter, eine von ihm veran-lasste Enquete zu erwählen, die er in Bezug auf Freigabe der Turnhallen in 100 Ortschaften der Provinz Brandenburg vorgenommen hatte. In der Verteidigung des Magistratsbeschlusses bezeugnete der Bürgermeister die erwählten Ortschaften mit dem Namen „K e s e r“. Der Vorsteher ergriff diesen Anlaß, indem er darauf hinwies, daß Orte, wie Charlottenburg, Potsdam gemeint seien, und daß eine solche Bezeichnung jedenfalls dem parlamentarischen Gebrauch nicht entspräche. Der Bürgermeister verbat sich wiederholt eine derartige Klage, die der Vorsteher wohl den Stadtverordneten, nicht aber den Magistratsmitgliedern gegenüber anwenden könne. Trotz dieser Anschauung verließ der Vorsteher bei seiner Aufassung und empfahl dem Bürgermeister die Bezeichnung des Schwerdeiwegs. — Die Lieferung von Armenfärgen im Submissionswege verlangt der Magistrat unter folgender Motivierung: Die Zahl der von der Armenverwaltung zu beschaffenden Armenfärgen habe sich in letzter Zeit wesentlich vermehrt. Die hierfür gezahlten Entschädigungen waren gegenüber den in Nachbargemeinden gezahlten Preisen meist sehr hohe. Auch ist es wiederholt vorgekommen, daß hinterher den Angehörigen gegen Zahlung eines entsprechenden Betrags von dem Lieferanten bessere Särge verabfolgt wurden, als solche im Wege der öffentlichen Armenpflege verabreicht werden können. Um diesem „Uebelstande“ abzuhelfen und um billigere Preise zu erzielen, empfiehlt der Magistrat die Submission. Der Vorsteher hält diese für die Vermittler der Armen tiefenstehende Frage nicht für spuchreif und verlangt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Es wird demgemäß beschloffen.

„Der Blumenthal“ bei Strauberg, der schönste Laubwald in der Umgebung Berlins, ist für den freien Verkehr der Lustflüger nunmehr gesperrt. Auf eine Anfrage, ob dies nicht etwa ein un-begründetes Gerücht sei, hat der Touristenklub für die Mark Brandenburg folgende Antwort erhalten: „Auf Sie an die Frau Baronin v. Adorfstein gerichtete Schreiben vom 6. d. M. erhalten Sie die ergebene Mitteilung, daß der Besuch des Blumenthal innerhalb der öffentlichen Wege nicht mehr gestattet wird; die daselbst vorhandene Wirtschaft wird zum 1. Juli a. o. aufgehoben. Ergebenst R. R. königlicher Postassessor.“ Sehr menschenfreundlich von der Baronin.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Herren- und Knaben-Konfektionsschneider, die zumeist von selbständigen Hausindustriellen besucht war, tagte am Montag im Schötenhause, Vlinenstraße, um über die Einführung eines neuen Lohn tariffs zu beraten. Der von der dazu beauftragten Lohnkommission ausgearbeitete Normal-tarif ist im Gegensatz zu dem bisherigen Werdetarif genau detailliert und sind die Preise für die einzelnen Kleidungs-stücke in drei Klassen, je nach der Qualität der betreffenden Arbeit eingeteilt. Für Reparaturen wird ein entsprechender Zuschlag festgelegt und außerdem die eventuelle Errichtung von Betriebs-werkstätten gefordert. Vom Referenten sowohl als auch von den übrigen Rednern wurden die wichtigsten Verhältnisse, unter welchen die Hausindustriellen zu leiden haben, geschildert und darauf hin-gewiesen, daß die nach dem Ober Konfektionarbeiterstreik verein-barten Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Konfektionären längst nicht mehr beachtet werden, und ferner wurde angeführt, daß sich die Zwischmeister vielfach nur durch die Ausbeutung der bei ihnen beschäftigten Arbeiter eine bessere Existenz verschaffen. Nach einer mehrstündigen Debatte, in der von mehreren Rednern die Errichtung von Betriebswerkstätten als Hauptforderung ge-wünscht wurde, während andre, nach dem Vorschlage der Kommission, zunächst für die Einführung des Lohn tariffs plädierten, gelangte eine Resolution zur Annahme, wonach sich die Verammelten mit der Forderung der Betriebswerkstätten und der des Lohn tariffs einver-standen erklären, sich verpflichten für Durchführung derselben zu wirken und für die Stützung des Vereins einzutreten. Dem Vor-stande des Vereins und der Lohnkommission wurde sodann auf-gegeben, in der nächsten Zeit wieder eine Versammlung einzuberufen, in der beschloffen werden soll, auf welche Art und zu welchem Termin die aufgestellten Forderungen zur Durchführung gebracht werden sollen.

Vermischtes.

Zu Konig haben sich die Kubforderungen vom Sonntag bis jetzt nicht wiederholt. Fünf Personen sind am Sonntag verhaftet worden. Der Magistrat der Stadt ließ folgende Bekanntmachung veröffent-lichen: Auf Grund des Militär-Befehlsablasses, Herrn königlichen Majors v. Jachinski vom 1. Bataillon Infanterieregiments Graf Schwerin (3. Bannern) Nr. 14, wird hiermit bekannt gemacht, daß das Bataillon auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers hier einmarchiert ist und die Stadt nicht wieder früher ver-lassen darf, als bis die vöfsten Garantien für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gegeben werden. Die Kosten für den Unterhalt der Truppen hat nach allerhöchstem Befehl die Stadtgemeinde zu tragen.

